

## **Fraktionsdebatte und Medienstrategien**

### **Eine exemplarische Analyse öffentlicher und interner Konflikt- austragung**

*Josef Klein (Koblenz)/Kathrin Steyer (Mannheim)*

1. Vorbemerkungen
2. Das Analysebeispiel: Die Grundvertragsdebatte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
3. Die mediale Vorbereitung und Begleitung eines kontroversen Fraktionsbeschlusses
  - 3.1. Wechselseitige Bezugnahmen unter struktureller Perspektive
  - 3.2. Die Positionierung der Befürworter des Grundvertrags
  - 3.3. Die Konstituierung der Mehrheitsposition gegen den Grundvertrag
4. Die Fraktionsdebatte
  - 4.1. Entscheidungsorientierung
  - 4.2. Geschlossenheitspostulat
    - 4.2.1. Argumentation pro Geschlossenheit
    - 4.2.2. Geschlossenheitsfördernde Arrangements und Rituale
    - 4.2.3. Kompromiß
    - 4.2.4. Druck-Ausübung und Marginalisierung
  - 4.3. Abwesenheit des politischen Gegners
  - 4.4. Präntation von Nichtöffentlichkeit
  - 4.5. Metaargumentation
5. Schlußbemerkung
6. Literatur

#### **1. Vorbemerkungen**

Über den kommunikativen Charakter parlamentarischer Plenardebatten, in Deutschland insbesondere von Bundestagsdebatten, ist bereits viel gesagt und geschrieben worden.<sup>1</sup> Der andere und für die politische Entscheidungsfindung wichtigere Typ parlamentarischen Debattierens, die Fraktionsdebatte, ist demgegenüber ein weißer Fleck auf den Landkarten der Linguistik, der wissenschaftlichen Rhetorik und der Politikwissenschaft. Das hat sicherlich mit der Datenlage zu tun. Zu Mitschnitten oder Wortprotokollen von Fraktionssitzungen haben Forscher in der Regel keinen Zugang. Dies ist in unserem Fall anders. Uns liegt ein Wortprotokoll der untersuchten Fraktionsdebatte vor. Damit ist eine entscheidende Voraussetzung erfüllt, um hier linguistisches Neuland zu betreten.

In Fraktionsdebatten werden Stimmen bewegt. Hier und nicht in der Plenardebatte wird entschieden, wie im Plenum abgestimmt wird. In der Plenardebatte werden Entscheidungen öffentlich legitimiert und kritisiert, ohne daß dies jedoch noch Einfluß auf das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier hätte. Fraktionsdebatten pflegen hinter verschlossenen Türen stattzufinden. Nicht zuletzt deshalb hätte man

---

<sup>1</sup> Vgl. Zimmermann (1969; 1985), Hoppenkamps (1977), Simmler (1978), Dieckmann (1984), Tillmann (1989), Klein (1991; 1997), Burkhardt (1993; 1995).

sich zu Zeiten, als die Linguistik die Relevanz der diskursiven Vernetzung von Textsorten und Redetypen noch nicht entdeckt hatte und Kategorien wie „Intertextualität“<sup>2</sup> und „Reformulierung“ (vgl. Steyer 1997a) unbekannt waren, bei der Analyse und Rekonstruktion dieses Debattentyps ganz auf eine strukturelle Durchleuchtung der Fraktionsdebatte als raum-zeitliches Redeereignis innerhalb eines Saales, zu dem der Öffentlichkeit der Zutritt verwehrt ist, beschränkt. Diese Beschränkung würde aber bedeuten, den konstitutiven Charakter der Vernetztheit von Fraktionsdebatten mit dem öffentlichen Diskurs zu verkennen. Es ist gerade der präbenderte nicht-öffentliche Charakter der Fraktionsdebatten, der sie in der durch Öffentlichkeit geprägten Staatsform parlamentarische Demokratie in ein brisantes Spannungsfeld zur Medienöffentlichkeit bringt. Es gibt keine Fraktionsdebatte zu wichtigen und umstrittenen Fragen ohne den Versuch, auch die Medien zur Beeinflussung der Meinungsbildung in der Fraktion zu nutzen. Dabei handelt es sich um Vernetzungsprozesse auf verschiedenen kommunikativen Ebenen, die sich grob in intern/informell, halböffentlich und öffentlich einteilen lassen, von der Äußerung eines Politikers hinter vorgehaltener Hand über Erklärungen im Parlamentarisch-Politischen Pressedienst und wechselseitigen Bezugnahmen in Zeitungsinterviews bis hin zu offiziellen Presseerklärungen und Statements. Dieses Spiel wechselseitiger Bezugnahmen, Zitierungen und Interpretationen führt zu einer Vermischung von politischen Sachverhalten und medialer Präsentation, indem z.B. eine Politikeräußerung selbst zu einem politischen Sachverhalt wird, und stellt ein konstitutives Strukturmerkmal politischer Kommunikation in der Mediengesellschaft dar (vgl. dazu u.a. Sarcinelli 1996:45).<sup>3</sup> Vor diesem Hintergrund geht es in unserem Beitrag vor allem um den Zusammenhang zwischen der (medien)öffentlichen Vorbereitung und Austragung interner Fraktionskontroversen und den internen Strukturen der Fraktionsdebatten selbst, die - neben den Plenardebatten - als zweiter Haupttyp parlamentarischer Debatten verstanden werden. Folgende Fragen bilden den Rahmen für unsere Überlegungen:

- Wie wird innerparlamentarische Gruppenidentität in den Fraktionen hergestellt?
- Wie wird eine pluralistisch organisierte Gruppe zu einem kollektiven parlamentarischen Sprecher?
- Welche Rolle spielt die Medienöffentlichkeit als Hilfs- und als Störfaktor?

## 2. Das Analysebeispiel: Die Grundvertragsdebatte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Als Beispiel dient ein außergewöhnlicher, ja spektakulärer Fall: die Debatte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über ihre Haltung zum Grundlagenvertrag der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR. Die empirische Basis unserer Analyse bilden

<sup>2</sup> Vgl. Klein (1991), Holthuis (1993), Klein/Fix (1997), Steyer (1997b).

<sup>3</sup> Zu den Vernetzungen von Medien- und Politiktexten im öffentlichen Diskurs vgl. Steyer (1994; 1997a).

Protokolle der betreffenden Fraktionssitzungen und ein Korpus mit der Pressebeichterstattung zu dieser Thematik vom Dezember 1972 bis zum Mai 1973.

Nach der Verabschiedung der Ostverträge soll der von der SPD/FDP-Regierung unter Willy Brandt (Verhandlungsführer Egon Bahr) und der DDR-Regierung unter SED-Chef Erich Honecker (Verhandlungsführer Michael Kohl) ausgehandelte „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ (kurz Grundlagenvertrag oder Grundvertrag) den Endpunkt dieser Phase der Ostpolitik bilden. Die Unterzeichnung ist für den 21.12.1972 festgelegt. Fast einen Monat zuvor finden vorgezogene Bundestagswahlen statt (am 19.11.1972), aus denen Willy Brandt als Sieger hervorgeht. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ist die SPD die stärkste Partei im Deutschen Bundestag. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Dr. Rainer Barzel erleidet eine empfindliche Niederlage. Das Wahlergebnis wird in der politischen Öffentlichkeit als Bestätigung der Bevölkerung für die Ostpolitik Willy Brandts gesehen und dementsprechend groß ist auch die Akzeptanz für den nun zu unterzeichnenden Grundlagenvertrag.

Die Fraktionssitzungen der CDU/CSU am 12., 13. und 19. Dezember 1972 sind daher von besonderer Brisanz: Die neue Fraktion muß sich in ihrer nun sehr klaren Oppositionsrolle neu zusammenfinden. Es müssen Normen der innerfraktionellen Auseinandersetzungen neu definiert werden. Nicht zuletzt geht es im Hintergrund auch um Person und Position des Vorsitzenden Barzel. Die vorhergehende Unionsfraktion hatte sich gegenüber den als Ergebnisse der SPD/FDP-Ostpolitik vorgelegten Verträgen uneinheitlich verhalten. Von ihr hing wegen des 1972 im Bundestag herrschenden Patts die Ratifizierung der Verträge ab. Zu den Verträgen mit der Sowjetunion und Polen hatte sie sich am 17.5.1972 mit Blick auf die drohende Spaltung innerhalb der Fraktion der Stimme enthalten. Dem Verkehrsvertrag mit der DDR hatte sie dann vor der Bundestagswahl auf Betreiben Barzels, der dabei vor allem vom CDU-Schatzmeisters Walther Leisler Kiep, dem für Außenpolitik zuständigen Mitglied des CDU-Präsidiums, unterstützt wurde, zugestimmt. Genau in diesem Spannungsfeld muß die CDU/CSU-Fraktion beschließen, ob sie dem Grundlagenvertrag zustimmen oder ihn ablehnen wird. Um ein Meinungsbild vorzubereiten zu können, wird eine Kommission unter Leitung des CDU-Abgeordneten Dr. Werner Marx ins Leben gerufen, die den Grundlagenvertrag prüfen und ein entsprechendes internes Positionspapier erarbeiten soll.<sup>4</sup> Die Marx-Kommission schlägt der CDU/CSU-Fraktion schließlich vor, den Grundlagenvertrag abzulehnen. Nach den genannten drei Fraktionssitzungen wird der Ablehnungsbeschluß gegen vier Stimmen gefaßt, und so wird auch in der entscheidenden Ratifizierungsdebatte im Bundestag vom Mai 1973 abgestimmt. Von besonderer Relevanz ist nun, daß es vor der Fraktionsdebatte, genauer: vor der Präsentation des Papiers der Marx-Kommission innerhalb der Fraktion durchaus keine homogene Haltung zum Grundlagenvertrag gibt, wie es das Abstimmungsergebnis letztlich vermuten lassen könnte. Im Vorfeld der Fraktionsdebatte plädiert Walther Leisler Kiep öffentlich für ein Ja zum Grundvertrag. Manche Abgeordnete möchten die Entscheidung aufschieben. Einige, wie

<sup>4</sup> Die Einberufung derartiger Kommissionen und Arbeitsgruppen ist bekanntlich ein übliches Verfahren parlamentarischer Arbeit zur Erarbeitung einer Diskussionsgrundlage für die Fraktionssitzung.

der Fraktionsneuling Dr. Norbert Blüm, tendieren ebenfalls zu einer Grundvertragszustimmung. Etliche Abgeordnete sind eher unschlüssig, handelt es sich doch um Prozesse von großer historischer Tragweite mit schwer prognostizierbaren Fernwirkungen. Einerseits müssen die Abgeordneten also eine schwierige Gewissensentscheidung fällen,<sup>5</sup> andererseits steht mit der Geschlossenheit der Fraktion ihr öffentliches Ansehen als handlungsfähige politische Formation auf dem Spiel. Dennoch hat diese Entscheidung insofern keine politischen Konsequenzen, als die Ratifizierung des Vertrags durch die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag (deutliche SPD/FDP-Mehrheit) gesichert ist und nur noch durch eine Klage beim Bundesverfassungsgericht aufgehalten werden könnte. Die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG beschreibt diese Paradoxie in einem Kommentar im Vorfeld der Fraktionsdebatte:

- (1) Da aber die Koalitionsfraktionen entschlossen sind, diese widersprüchlichen Sorgen und Hoffnungen unterzubügeln und geschlossen zu stimmen, müßte die Union, verhielte sie sich anders, fürchten, den Eindruck zu erwecken, sie sei keine richtige Partei und nicht fähig, in so wichtiger Sache zu einheitlicher Willensbildung zu finden. Bleibt also Nein oder Ja - noch einmal: zu einer von der Mehrheit bereits beschlossenen Sache, als praktisch-taktische Frage mit Blick auf die Zukunft. [...] Der Grundvertrag gehört unter diesem Blickwinkel eigentlich schon zur Vergangenheit. (FAZ, 11.12.72)

In der Debatte selbst kristallisiert sich dann eine kleine Minderheit von zunächst fünf, dann vier Abgeordneten heraus, die sich gegen die Dominanz der Grundvertragsgegner stellen und dann auch - wie schon erwähnt - entsprechend abstimmen werden.

### **Kommunikative Besonderheiten:**

Methodisch steht unser Vorgehen - die Untersuchung eines kommunikativen Phänomens an einem untypischen, geltende Regeln und Routinen teilweise verletzenden Fall - in der Tradition der linguistischen Pragmatik, die seit Austin gute Erfahrungen damit gemacht hat, von der Hypothese auszugehen, daß Regeln und Regularitäten dann besonders deutlich werden, wenn das Handeln nach ihnen gestört und damit problematisch wird.<sup>6</sup> Untypisch ist die Fraktionsdebatte der CDU/CSU-Fraktion über den Grundlagenvertrag oder genauer: über das Verhalten der Fraktion zum Grundlagenvertrag aus folgenden Gründen:

- *Dauer der Debatte:* Während in einer Fraktionssitzung von 3 - 4 Stunden Dauer üblicherweise zu mehreren Tagesordnungspunkten debattiert und entschieden wird, dauert die Debatte zu diesem einen Punkt 9 Stunden und wird wegen ihres Umfangs auf drei Sitzungen (Dienstag, 12.12.72, Mittwoch, 13.12.72, Dienstag, 19.12.72) verteilt.

<sup>5</sup> Solche politischen ‚Gewissensentscheidungen‘ gibt es immer wieder in der Geschichte des Bundestags; erinnert sei hier nur an die Diskussionen um den Paragraphen 218 oder die Hauptstadtdebatte.

<sup>6</sup> Austin (1979: 35ff.) entwickelt die Sprechaktheorie auf der Folie der Untersuchung mißlingender Äußerungen.

- *Medien-Echo und -Einflußnahme während der Debatte:* Bei Debatten, die an einem Tag vonstatten gehen, haben Medientexte vor allem eine präargumentative Funktion im Vorfeld und informativ-interpretierende Funktion im Nachfeld. In unserem Fall besteht eine eher selten anzutreffende Konstellation: Die Medien werden benutzt, um in den Debattenverlauf aktiv einzugreifen.
- *Zeitpunkt der Debatte:* Da es sich - wie bereits beschrieben - um die erste Debatte einer neuen Fraktion nach einer (verlorenen) Bundestagswahl handelt, kennen sich etliche Akteure kaum oder gar nicht. Dies erklärt u.a. auch das Fehlen einer abgestimmten Minderheitsstrategie in unserem Analysefall: Während sich entschlossene Minderheiten im Vorfeld von Entscheidungen absprechen, um eine gemeinsame Debatten- und Medienstrategie zu entwickeln, war diese Voraussetzung hier nicht gegeben.
- *Ergebnis der Debatte:* Unterschiedliche Meinungen in einer Fraktion pflegen vielfach im Vorfeld oder in der Fraktionsdebatte durch Überzeugt-Werden, durch Kompromiß, durch Druck etc. beseitigt oder neutralisiert zu werden. Das Erreichen von Geschlossenheit in Parlamentsdebatte und -abstimmung ist ein struktureller Imperativ, unter dem jede Fraktionsdebatte auch dann steht, wenn er nicht explizit beschlossen wird.<sup>7</sup> Überstimmte Fraktionsmitglieder passen sich bei der Abstimmung im Parlamentsplenum in der Regel dem Fraktionsbeschluß an, und üblicherweise signalisieren sie dies auch in der Fraktionssitzung, in der sie überstimmt wurden. Dies ist hier - wie bereits angedeutet - nicht der Fall.

### 3. Die mediale Vorbereitung und Begleitung eines kontroversen Fraktionsbeschlusses

Zunächst soll nun gezeigt werden, wie die Politiker (Primärsprecher) im analysierten Fall im Vorfeld versuchen, über die Medien (Sekundärsprecher) bereits jene argumentativen Strategien durchzusetzen, die dann in den Fraktionssitzungen selbst ihren eigentlichen Kristallisationspunkt finden werden. Es handelt sich um drei Hauptstrategien, die durchgängig zu konstatieren sind:

<sup>7</sup> Zwischen Geschlossenheit und Öffentlichkeit besteht dabei in zweifacher Hinsicht eine Interdependenz. Versuche von Angehörigen der Parteiführung, von Fraktionsmitgliedern oder von ihnen besonders nahestehenden Journalisten, die Meinungsbildung in der Fraktion vorab über die Medien zu beeinflussen, sind unter dem Aspekt der Geschlossenheit ambivalent: Einerseits werden damit Pflöcke gesetzt oder verstärkt, andererseits wird dies von manchem Fraktionsmitglied gern als Versuch des Präjudizierens oder der Selbstprofilierung mit dem Resultat der Frontenverhärtung gewertet. Öffentliches Sich-Festlegen macht Kompromisse oder gar noch ein Einschwenken auf die konträre Position schwierig. Je mehr öffentliche Vorab-Kontroverse, desto problematischer ist es, dem strukturellen Imperativ der Geschlossenheit Geltung zu verschaffen. Geschlossenheit wird - insbesondere, wenn ihr wie im Falle des CDU/CSU-Votums zum Grundvertrag keine legislatorische oder völkerrechtliche Entscheidungsrelevanz zukommt - vor allem auch aus Gründen der öffentlichen Wirkung via Medien angestrebt; denn es gilt als ausgemacht und durch Meinungsumfragen und Wahlergebnisse in Deutschland vielfach bestätigt, daß Uneinigkeit in Parteien von Wählern (und Journalisten) überwiegend negativ bewertet wird.

1. *Propagieren eines Unionskurses größerer außen- und deutschlandpolitischer Gemeinsamkeit mit der Bundesregierung und damit einer positiven Haltung gegenüber dem Grundvertrag.*
2. *Erreichen einer größtmöglichen Akzeptanz (nach innen und nach außen) für einen Ablehnungsbeschluß gegen den Grundvertrag.*
3. *Disziplinierung und Einschwörung der innerfraktionellen Gegner, also derjenigen, die mit der SPD/FDP-Regierung für den Grundlagenvertrag stimmen wollen.*

### 3.1. Wechselseitige Bezugnahmen unter struktureller Perspektive

Die mediale Begleitung weist drei Phasen auf: das diskursive Vorfeld vor den entscheidenden Fraktionssitzungen, die die Fraktionssitzungen direkt begleitende Berichterstattung und ein mehr oder weniger weites Nachfeld, das bis zur Bundestagsdebatte im Mai 1973 reicht. Dabei handelt es sich jeweils um primäre, sekundäre und informelle Äußerungen, die sich über verschiedene Kanäle ständig aufeinander beziehen. Uns interessierten in besonderer Weise die erste und die zweite Phase, in der die beteiligten Politiker über die Medien sehr intensiv das ‚diskursiv-argumentative Feld‘ bereiten. Die öffentliche Vorbereitung eines argumentativen Raumes für eine bevorstehende interne Kontroverse, wie sie im untersuchten Fall in geradezu exemplarischer Weise durchgeführt wird, ist u.E. ein entscheidendes Verfahren zur kollektiven Meinungsbildung einer Fraktion. Dabei werden relevante Themen und Argumente bereits im Vorfeld einer Fraktionssitzung öffentlich eingeführt und bestimmte Bewertungsmuster präferiert und suggeriert, andere dagegen marginalisiert.<sup>8</sup>

#### *Politikeräußerungen in den Medien im diskursiven Vorfeld (Primärebene)*

In einem Teil der Medientexte äußern sich die Politiker (Primärsprecher) explizit:

#### *Presseerklärungen*

- (2) Staatssekretär Bahr wird morgen erneut mit dem Ostberliner Unterhändler Kohl zusammentreffen. Dazu erklärt der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Johann B. Gradl: „[...] An die Bundesregierung muß deshalb die Forderung gerichtet werden, den vorgesehenen Unterzeichnungstermin aufzuheben [...]“. (Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages/Pressereferat, 11.12.72)<sup>9</sup>

<sup>8</sup> Dabei gibt es immer ein Spannungsfeld zwischen der Funktion der Medien als Podium für Politikeräußerungen einerseits und einer Eigendynamik von Medienberichterstattung andererseits. Einerseits dienen die Medien bekanntermaßen als Kommunikationskanal, andererseits gibt es auch immer einen Anteil medieneigener Bewertungen und Interpretationen. Das ist an sich nichts Neues, es kann nur, wie in unserem Fall, dazu führen, daß die Medien für die Politiker gleichzeitig zum Hilfs- und Störfaktor beim Durchsetzen bestimmter politisch-strategischer Ziele werden können.

<sup>9</sup> Hier wie in den folgenden Zitaten Hervorhebung durch Kursivierung von den Verf.

### *Interviews und Statements der Politiker im Rundfunk und Fernsehen*

- (3) Frage: Die CDU/CSU muß in Sachen Grundvertrag zu einer klaren, zu einer plausiblen, zu einer wohlbegründeten Ablehnung kommen. Welche negativen Folgen erwartet denn die CDU/CSU von der Annahme des Grundvertrags? Antwort: [...] Ich muß mich auf einige Andeutungen beziehen. *Ist eigentlich das Deutschlandproblem nach der Unterzeichnung dieses Vertrages noch offen?* [...] Jedermann wird dann das, was man Grundvertrag nennt, als einen Teilungsvertrag verstehen. [...] (SWF-Interview mit Dr. Werner Marx, 11.12.72)

### *Medienberichte über Politikeräußerungen im diskursiven Vorfeld (Sekundärebene)*

Die Medien selbst (Sekundärsprecher) thematisieren politische Konstellationen und geben Politikeräußerungen modifiziert wieder, interpretieren und bewerten sie:

#### *Medienberichte und Kommentare über politische Konstellationen*

- (4) Union und Grundvertrag von Bruno Dechamps [...] Bleibt also Nein oder Ja - noch einmal: zu einer von der Mehrheit bereits beschlossenen Sache [...]. (FAZ 11.12.72)

#### *Medienwiedergaben von Presseerklärungen*

- (5) *Der frühere CDU-Vertriebenenminister Johann Baptist Gradl verlangte am Montag in Bonn 'im Interesse aller Deutschen', die Unterzeichnung des Grundvertrages zu verschieben.* [...] (BONNER RUNDSCHAU/dpa, 12.12.1972)

#### *Medienberichte über Politikeräußerungen in anderen Medien*

- (6) *In der heutigen Ausgabe der 'Augsburger Allgemeinen' erklärte der FDP-Politiker, die CSU wolle auf jeden Fall den Grundvertrag ablehnen, während in der CDU zumindest einige führende Politiker eine Zustimmung für möglich hielten.* [...] (GENERALANZEIGER/dpa, 8.12.72)

#### *Medienberichte über Politikeräußerungen über andere Politikeräußerungen*

- (7) *Herbert Wehner, SPD-Fraktionvorsitzender, sagte dazu, Dreggers Äußerungen könnten mit nachsichtigem Schweigen begleitet werden, wenn er sich 'nicht auch noch den törichten, die westlichen Verbündeten beleidigenden Vergleich mit 1933 erlaubt hätte'.* (DIE WELT, 18.12.72)

### *Informelles Durchsickern von Informationen*

Parallel zur Primär- und Sekundärebene gibt es Meldungen und Berichte, die man auch als halb-informelle Texte bezeichnen könnte und die durch vage Quellenangaben markiert sind:

- (8) *wie am Mittwoch in Bonn bekannt wurde* (FAZ/dpa, 7.12.72)  
*inzwischen wurde in Bonn bekannt* (BILD AM SONNTAG, 10.12.72)  
*Ersthinweise zum Arbeitsbericht der Marx-Sonderkommission* (ppp, 11.12.72)  
*nach Informationen von CDU-naher Seite am Montag* (ppp, 11.12.72)  
*sind nach Angaben aus zuverlässiger Quelle* (FRANKFURTER NEUE PRESSE, 11.12.72).

Die zwei wesentlichen sprachlichen Mittel sind dabei die Verwendung von Zitierungsstrukturen und von modalen Hilfsverben (z.B. *etwas soll eintreten*):

- (9) Wie am Mittwoch in Bonn *bekannt wurde*, wird die Kommission der CDU/CSU-Fraktion die-Ablehnung empfehlen, weil der Vertrag weder die deutsche Frage *offenhalte* noch Berlin sichere. Auch seien die beabsichtigten menschlichen Erleichterungen *nicht verbindlich*. (FAZ/dpa, 7.12.72)
- (10) Danach *soll* der Grundvertrag das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen *verhindern*. Zweitens *soll* der ‚Ermessensspielraum‘ *nicht eingehalten worden sein*, innerhalb dessen die Bundesregierung tätig werden darf, ohne die nationale und staatliche Einheit zu verletzen. (ppp, 11.12.72)

Diesen Texten sind mehrere kommunikative Funktionen zuzuschreiben, u.a.:

- Informieren über Sachverhalte und Bewertungen
- Lancieren möglicher Bewertungen, ohne die Verantwortung dafür zu übernehmen (mit oder ohne Beteiligung der verantwortlichen Politiker)
- Unter-Beweisstellen der eigenen Informiertheit.

### 3.2. Die Positionierung der Befürworter des Grundvertrags<sup>10</sup>

Den ersten Zug macht Walther Leisler Kiep in einem Groß-Interview in der eher dem sozialliberalen Lager zuzurechnenden Wochenzeitung DIE ZEIT (Ausgabe 30. 11./1.12.72) mit dem programmatischen Titel „Wir müssen weg von der Klagemauer“. Für eine positive Einstellung zum Grundvertrag führt Kiep Argumente an, die 1. die außenpolitische Konstellation, 2. den Inhalt und die konkreten Auswirkungen des Vertrages und 3. die innenpolitischen Konsequenzen unter der strategischen Perspektive der Gewinnung potenzieller Koalitionspartner betreffen. Die Reihenfolge der folgenden Argumente entspricht der logischen Abfolge der Argumentation, nicht der linearen des Interviews:

**THESE 1:** DIE CDU/CSU MUß EINE KONSTRUKTIVE OPPOSITIONSROLLE ANNEHMEN, [WEIL] IHRE UNENTSCHEIDENE HALTUNG ZU DEN OSTVERTRÄGEN EINE URSACHE DER WAHLNIEDERLAGE WAR

**THESE 2:** EINE KONSTRUKTIVE OPPOSITIONSROLLE BEDEUTET, DIE POLITISCHEN REALITÄTEN ANZUERKENNEN UND ZU EINER KOOPERATIVEN HALTUNG ZUR OSTPOLITIK DER REGIERUNG ZU FINDEN

**AUFFORD:** DIE CDU/CSU SOLLTE DEM GRUNDVERTRAG ZUSTIMMEN, [WEIL]

**ARG1:** DER GRUNDVERTRAG DIE VOLLE ZUSTIMMUNG DER DREI WESTLICHEN VERBÜNDETEN UND DER NATO-PARTNER FINDET [WEIL]

<sup>10</sup> Die dominierenden, zum Teil vielfach repetierten Argumente haben wir in 3.2. und 3.3. in MAJUSKELSCHREIBUNG zusammenfassend formuliert.



**ARG2:** DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER DEUTSCHEN WEITERHIN ALS PRINZIP DEUTSCHER AUSSENPOLITIK GILT UND DAS ZIEL DER DEUTSCHEN EINHEIT NICHT AUFGEGBEN WIRD

[WEIL]

**ARG3:** DER GRUNDVERTRAG TATSÄCHLICH MENSCHLICHE ERLEICHTERUNGEN BRINGT

[WEIL]

**ARG4:** DIE CDU/CSU-FRAKTION DADURCH IN DEN WEITEREN PROZESS AKTIV EINGREIFEN KANN

[WEIL]

**ARG5:** DIE INNENPOLITISCHE KONFRONTATION AUFGELÖST UND ALLE BUNDESPARTEIEN, VOR ALLEM DIE FDP, WIEDER ZU POTENZIELLEN KOALITIONSPARTNERN WERDEN.

Einen Tag vor der Fraktionsdebatte meldet sich eine schmale Unterstützungsfrente für die Kiep-Linie medial zu Wort. Publizistisch scheint sie schwergewichtig, handelt es sich doch um einen FAZ-Leitartikel, der der Unionsfraktion zu einem Ja zum Grundvertrag rät. Von diesem Leitartikel abgesehen gibt es nur einige marginale Artikel (vgl. dazu 3.3). Politisch bleibt diese mediale Unterstützung ohne Konsequenzen. Es gibt kaum öffentliche Reaktionen aus der Union auf das Kiep-Interview.

### 3.3. Die Konstituierung der Mehrheitsposition gegen den Grundvertrag

Wir wollen nun im einzelnen betrachten, wie die Mehrheitsposition medial und argumentativ gerechtfertigt und gleichzeitig versucht wird, die Minderheitsposition zu marginalisieren, statt sich mit ihr argumentativ auseinanderzusetzen. Aufgrund der bereits beschriebenen schwierigen Situation, in der sich die CDU/CSU-Fraktion zum damaligen Zeitpunkt befindet, müssen die Meinungsführer der Grundvertragsgegner in besonderer Weise argumentativ Präventionsarbeit leisten, um Akzeptanz zu erreichen. Dies ist wohl auch der Grund dafür, daß bereits im Vorfeld und ganz massiv nach der ersten Fraktionssitzung und vor der unmittelbaren Beschlußfassung die entscheidenden Politiker in den Medien ihre Argumente in fast suggestiver Weise wiederholen. Wie die Beispiele in 3.1 bereits zeigen, wird ca. eine Woche vor den entscheidenden CDU/CSU-Fraktionssitzungen am 12., 13. und 19.12.72 in den Medien - unterstützt oder zum großen Teil inszeniert durch die beteiligten Politiker - ein zunächst noch vager Diskursraum eröffnet. Realer Anlaß ist das nunmehr erarbeitete Positionspapier der Marx-Kommission zum Grundvertrag, das an die Fraktions Spitze gegeben wurde und eine Ablehnung empfiehlt, das jedoch nach wie vor nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist (vgl. Bsp. 44 in 4.4). So läßt man Tenor und Hauptargumente aus der ablehnenden Stellungnahme der Marx-Kommission durchsickern, verstärkt in den letzten Tagen durch Hauptrepräsentanten der ablehnungsbereiten Mehrheit (Barzel, Marx) in TV- und Rundfunkinterviews stets mit der Versicherung verbunden, die Fraktion nicht präjudizieren zu wollen.

Die argumentative Konstituierung erfolgt auf zweifache Weise:

1. *durch ständige (fast rituelle) Wiederaufnahme bestimmter Schlüsselwörter und Formeln mit teilweise gesinnungsethischen Konnotationen*

- (11) Teilungsvertrag  
offene deutsche Frage  
Spaltungsvertrag  
Selbstbestimmungsrecht der Deutschen  
menschliche Erleichterungen  
Obhutspflicht

2. *durch ständige Wiederaufnahme bestimmter Argumente*

Die Argumentation betrifft verschiedene Aspekte: sachlich-politische, juristische und auf die politischen Gegner (SPD, DDR) bezogene. Hinsichtlich des sachbezogen-politischen Aspekts beziehen sich sowohl die Politiker selbst als auch die Medien immer wieder auf folgende Kernaussagen des Marx-Papiers:

- (12) Menschliche Erleichterungen sollen, ohne daß dies vertraglich abgesichert ist, 'im Zuge der Normalisierung' erfolgen . [...] Die erreichten oder generell in Aussicht gestellten Erleichterungen für die Menschen sind nicht als vertragliche Verpflichtungen der Regierung der DDR festgelegt. [...] Im sogenannten Grundvertrag setzt sich die sowjetische Teilungspolitik durch. Der Vertrag schreibt die Spaltung Deutschlands fest. In den Augen der Welt ist er ein Teilungsvertrag, mit dem die Deutschen die ihnen von außen aufgezwungene Spaltung ihres Landes jetzt selbst besiegeln. In seiner politischen Wirkung ist er ein Vertrag zur Verhinderung der Wiedervereinigung Deutschlands.  
[...]  
Die fehlende Absicherung West-Berlins ist umso gefährlicher, als im Zuge der internationalen Aufwertung Ost-Berlins eine wachsende Aushöhlung der Stellung West-Berlins droht.  
[...]  
Zusammenfassung: 1. Er ist ein Dokument, in dem die frei gewählte deutsche Bundesregierung die Teilung unseres Landes in zwei voneinander unabhängige Staaten [...] sanktioniert. 2. Die Welt versteht ihn als vertragliche Festschreibung der deutschen Spaltung [...]. 3. Der Vertrag läßt die deutsche Frage nicht offen [...]. (Auszug aus der Stellungnahme der CDU/CSU-Kommission zum „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen“ am 12.12.1972)

Die Beispiele (13) bis (16) illustrieren, wie Sekundärsprecher - quasi im Vorgriff - auf dieses Papier referieren und damit bereits bestimmte Themen, Argumente und Bewertungen fokussieren.

- (13) Wie am Mittwoch in Bonn bekannt wurde, wird die Kommission der CDU/CSU-Fraktion die Ablehnung empfehlen, weil der Vertrag weder die deutsche Frage offenhalte noch Berlin sichere. Auch seien die beabsichtigten menschlichen Erleichterungen nicht verbindlich. (FAZ/dpa, 7.12.72)
- (14) Wie bereits seit Ende vergangener Woche bekannt, empfiehlt die Arbeitsgruppe der Fraktion, den Grundvertrag bei der Ratifizierung im Bundestag abzulehnen. Nach ihrer Meinung handelt es sich im Gegensatz zu den Beteuerungen der Bundesregierung um einen ‚Teilungsvertrag‘. (STUTTGARTER ZEITUNG, 12.12.72)

In (13) und (14) werden drei weitere wesentliche Gegenargumente des Marx-Papiers in komprimierter Form reformuliert:

**ARG: DER VERTRAG HÄLT DIE DEUTSCHE FRAGE NICHT OFFEN**

**ARG: DER VERTRAG SICHERT NICHT BERLIN**

**ARG: DER VERTRAG SICHERT KEINE VERBINDLICHEN MENSCHLICHEN ERLEICHTERUNGEN.**

Am Beispiel (14) läßt sich ein sprachliches Verfahren zeigen, mit denen argumentative Muster vorbereitet, Topoi gewissermaßen in die Welt gesetzt werden. Für den analytischen Vergleich sei noch einmal der entsprechende Originalauszug hinzugezogen:

Original

In den Augen der Welt ist das ein Teilungsvertrag, mit dem die Deutschen die ihnen von außen aufgezwungene Spaltung ihres Landes selbst besiegeln.

Wiedergabe

Nach ihrer Meinung handelt es sich im Gegensatz zu den Beteuerungen der Bundesregierung um einen ‚Teilungsvertrag‘.

Der Textproduzent (Marx als legitimer Sprecher der CDU/CSU-Arbeitsgruppe) läßt sich im Original eine „evaluative Hintertür“ offen: [NICHT ICH SAGE, P IST DERART ZU BEWERTEN, SONDERN ANDERE SPRECHER („in den Augen der Welt“) SAGEN, P IST DERART ZU BEWERTEN]. Obwohl der Textproduzent diese Bewertung natürlich suggerieren will, muß er nicht in vollem Umfang die Verantwortung übernehmen. Bei der Wiedergabe handelt es sich um ein für den öffentlichen Diskurs typisches Zitiermuster: Eine Originaläußerung erhält durch geringe Detaileingriffe eine andere Nuance. Im vorliegenden Fall erfährt sie eine Zuspitzung durch das Weglassen sprachlicher Einheiten („in den Augen der Welt“; „mit dem die Deutschen die ihnen von außen aufgezwungene Spaltung ihres Landes selbst besiegeln“) einerseits und das Hinzufügen neuer Einheiten („im Gegensatz zu den Beteuerungen der Bundesregierung“) andererseits. Die evaluative Hintertür ist nun zugeschlagen [SP (wiedergebende Zeitung) SAGT, MARX SELBST BEWERTET P DERART]. Das zugrundeliegende Kernargument [GRUND-VERTRAG IST TEILUNGSVERTRAG] wird im weiteren Diskursverlauf zu einem Topos, wie im weiteren zu zeigen sein wird.

In juristischer Hinsicht wird bereits im Vorfeld in den Medien gefragt, ob die „Union“ das Verfassungsgericht anrufen wird, um den Grundvertrag zu stoppen:

- (15) Danach soll der Grundvertrag *das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen verhindern. Zweitens soll der ‚Ermessensspielraum‘ nicht eingehalten worden sein*, innerhalb dessen die Bundesregierung tätig werden darf, *ohne die nationale und staatliche Einheit zu verletzen*. Außerdem bestehe das Verfassungsgebot, daß die BRD alles zu unterlassen habe, was den Beitritt anderer Teile Deutschlands zum Grundsatz erschweren könnte. (ppp, 11.12.72)

**ARG: DER VERTRAG VERHINDERT DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER DEUTSCHEN UND VERLETZT DIE NATIONALE UND STAATLICHE EINHEIT.**

Darüber hinaus werden in den Medien in gehäufte Form Statements von Politikern wiedergegeben, die die SPD/FDP-Regierung auffordern, nicht zu unterzeichnen, da die DDR aktuell die Klausel der menschlichen Erleichterungen unterlaufe usw.

- (16) *Der CDU-Abgeordnete Johann Baptist Gradl hat mit dem Hinweis auf die Aktionen der DDR-Regierung gegenüber einem Teil der Einwohner der DDR die Bundesregierung aufgefordert, den Grundvertrag vorerst noch nicht zu unterzeichnen [...]. (STUTTGARTER ZEITUNG, 12.12.72)*

**ARG: WEIL DIE DDR SICH IN SACHEN MENSCHLICHE ERLEICHTERUNGEN RESTRIKTIV VERHÄLT, KANN DER VERTRAG NICHT UNTERZEICHNET WERDEN**

Viele Argumente, die die Politiker in den Medien verbreiten und die die Medien unbewußt oder bewußt noch stützen (z.B. durch solche reduktiven Wiedergaben), nehmen bereits in der medialen öffentlichen Begleitung dieser internen Kontroverse den Charakter einer gesinnungsethischen Argumentation gegen mögliche Gegner dieser Position an [WENN DU FÜR DEN GRUNDLAGENVERTRAG BIST, BIST DU FÜR DIE ENDGÜLTIGE TEILUNG DEUTSCHLANDS]. Diese gesinnungsethische Komponente wird im Beispiel (17) deutlich, das illustriert, wie ein Primärsprecher - de facto selbstreferentiell - auf eine bereits vorgegebene Argumentation eingeht und präargumentative Sprechhandlungen vollzieht:

- (17) Frage: Ist dieser Vertrag für die CDU/CSU ein Teilungsvertrag?  
Antwort: Soweit würde ich nicht gehen wollen, *denn wir müssen uns ja genau überlegen, welche Worte wir anwenden*. Denn wenn wir apodiktische und endgültige Dinge jetzt sagen, ist die Gefahr, daß man uns dies von der gegnerischen Seite eines Tages vorhält, zu groß. *Ich habe deshalb ausdrücklich gesagt, und das ist sicher richtig, in der ganzen Welt versteht man diesen Vertrag als Teilungsvertrag [...]. (SWF-Interview mit Dr. Werner Marx, 11.12.72)*

Der Sprecher (Marx) erklärt hier - interessanterweise ganz explizit - die eigene Entscheidung für eine bestimmte sprachliche Formulierung mit strategisch-taktischen Gründen und bestätigt damit die schon erwähnte evaluative Hintertür aus Beispiel (14).<sup>11</sup> Analysiert man das gesamte Marx-Interview, wird deutlich, daß seine Äußerungen immer bifunktional sind: Wesentliche Argumente der CDU/CSU gegen den Grundvertrag sollen bereits im Vorfeld der Fraktionssitzungen bekannt gemacht werden. Gleichzeitig aber soll auch schon die Fraktion präventiv eingeschworen werden, obwohl Marx beteuert, gerade dies nicht zu tun. Damit werden die innerfraktionellen Gegenspieler bereits im Vorfeld marginalisiert, wie man u.a. auch an der fehlenden öffentlichen CDU-Reaktion auf das Kiep-Interview sehen kann (vgl. 3.2.).<sup>12</sup>

<sup>11</sup> Diese strategisch motivierten, mögliche Reaktionen des politischen Gegners antizipierenden Formulierungen mit einem vagen, mehrdeutigen Bewertungspotential sind wohl der alltäglichste Fall politischen Kommunizierens. Nur sehr selten aber bekennen sich Politiker so explizit dazu wie Marx.

<sup>12</sup> Es hätte durchaus ein anderer führender CDU-Politiker zum Mittel des Großinterviews im Vorfeld greifen können, um den Streit mit Kiep öffentlich auszutragen.

### Marginalisierung der Befürworterposition:

Die Primärsprecher (Politiker) realisieren dieses Muster in den Medien auf zweifache Weise: *durch Suggestierung einer vermeintlich bereits existierenden einheitlichen Position in der Fraktion und durch gesinnungsethische Emotionalisierung der Argumentation*, die es den Gegenspielern erschweren soll, auf ihrem Ja zum Grundvertrag zu bestehen:

#### *Suggestieren einer einheitlichen Position*

- (18) Ich kann unter dem Eindruck der Unterhaltung der fachkundigen Kollegen aus der gemeinsamen Fraktion von CDU/CSU sagen, *daß es bei uns niemanden gab, der für ein positives Votum oder für eine Enthaltung gegenüber dem vorliegenden Grundvertrag gesprochen hätte* [...]. (SWF-Interview mit Dr. Werner Marx, 11.12.72)
- (19) Frage: Wird es ein einheitliches Nein innerhalb der CDU geben, da sind ja doch die Auffassungen sehr unterschiedlich?  
Antwort: *Ich glaube, daß die Kommission zu einem einheitlichen Votum gekommen ist. Ich habe dieses Votum heute studiert, es ist umfangreich, es ist sehr gründlich, es ist sehr ins einzelne gehend Und ich glaube, dieses Votum wird seinen Eindruck auf die Gesamtfraktion nicht verfehlen.* (DSF, „Bericht aus Bonn“-Interview mit Dr. Barzel, 8.12.72)

#### *Gesinnungsethische Emotionalisierung*

- (20) Frage: Die CDU/CSU muß in Sachen Grundvertrag zu einer klaren, zu einer plausiblen, zu einer wohlbegründeten Ablehnung kommen. Welche negativen Folgen erwartet denn die CDU/CSU von der Annahme des Grundvertrages?  
Antwort: ... Ich muß mich auf einige Andeutungen beziehen *Ist eigentlich das Deutschlandproblem nach der Unterzeichnung dieses Vertrages noch offen? Wird nicht jetzt eine Welle von Anerkennungen in der ganzen Welt für die DDR in Gang gesetzt? Kein Mensch in der Welt wird dann noch glauben, daß die Deutschen sich wieder zusammenfinden wollen. Jedermann wird dann das, was man Grundvertrag nennt, als einen Teilungsvertrag verstehen* (SWF-Interview mit Dr. Werner Marx, 11.12.72)

Die Emotionalisierung erfolgt durch die rhetorische Fragestruktur („Ist eigentlich [...]?“; „Wird nicht jetzt [...]?“), durch emphatisch-hyperbolische Formulierungen („Kein Mensch in der Welt wird dann noch glauben [...]“) und durch integrierende den Rezipienten einbeziehende Formulierungen („Jedermann wird dann [...] verstehen“).

Die Marginalisierung wird in dieser Phase der Auseinandersetzung aber auch durch die Sekundärsprecher (Medien) betrieben,<sup>13</sup> und zwar ebenfalls in zweifacher Weise: durch die Reduzierung auf Verfahrensfragen und durch die Reduzierung inhaltlich weitreichender Argumente auf eine rein tagespolitisch-pragmatische Argumentation. So geben viele Zeitungen das Statement des Vorsitzenden des Rings

<sup>13</sup> Ihre Rolle ist jedoch sehr ambivalent: Zum einen verteidigen sie in großer Mehrheit die Ostpolitik der SPD und damit auch den Grundlagenvertrag. Sie geben auch immer wieder kritische Stimmen aus anderen politischen Lagern wieder und bewerten damit auch eine mögliche Ablehnung durch die CDU/CSU-Fraktion negativ (zumeist in redaktionellen Beiträgen und Kommentaren). Zum anderen stützen sie dadurch, daß sie - wenn es um die Unionspositionen geht - fast ausschließlich über die Ablehnungsfront berichten, die Position der Grundvertragsgegner (der Meinungsführer in der CDU/CSU).

Christlich-Demokratischer Studenten wieder, der eine Entscheidung der CDU/CSU erst im darauffolgenden Jahr 1973 und darüber hinaus die Freigabe der Abstimmung fordert:

- (21) Zu einer Freigabe der Abstimmung über den Grundvertrag im Bundestag hat am Montag der Vorsitzende des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Gerd Langguth, die CDU/CSU-Fraktion aufgefordert. (BONNER RUNDSCHAU/dpa, 12.12.72)

Mit keinem Wort wird jedoch auf die inhaltlichen Gegenargumente der Gruppe von Kiep und Blüm eingegangen. Eine scheinbare Ausnahme stellt der Bericht der FRANKFURTER NEUEN PRESSE vom 17.12.72 dar:

- (22) Bedenken gegen verfrühtes Nein zum Grundvertrag. Vor heftiger Diskussion innerhalb der CDU-Fraktion [...]  
Die Gruppe Kiep tritt vielmehr für das ursprüngliche Barzel-Konzept ein. Dieses sah vor, bis zur entscheidenden Ratifizierungsdebatte im Mai 1973 durch zusätzliche Verhandlungen mit der DDR eine stabilere Zusage für weitere menschliche Erleichterungen zu erreichen. (FRANKFURTER NEUE PRESSE, 12.12.72)

Doch auch hier kann nicht wirklich von einer Wiedergabe der inhaltlichen Argumente der Befürworter gesprochen werden (vgl. 3.2). Als praktische Konsequenz stellt die Zeitung schon zu diesem Zeitpunkt fest, daß die Schlußabstimmung ein einheitliches Votum ergeben wird:

Sollte der Versuch negativ ausgehen, dann würde sich die Gruppe Kiep mutmaßlich einem Gesamt-Nein der Fraktion anschließen.

Die mediale Marginalisierungstendenz mit dem Effekt der argumentativen Einschwörung setzt sich danach parallel zu der Fraktionsdebatte verstärkt fort. Es wird über die Debatte berichtet, dabei vor allem auf das Papier der Marx-Kommission Bezug genommen und jeweils nur kurz die Tatache erwähnt, daß es bei einer ersten Abstimmung (am 13.12.72) fünf und bei der Schlußabstimmung (am 19.12.72) vier Gegenstimmen gab. Gleichzeitig bieten das ZDF-Magazin (Interview mit Marx, 13.12.72) und Zeitungen des Springer-Verlags der Ablehnungsmehrheit große Foren: Am 14.12. kann man in der WELT die wichtigsten Passagen des internen Papiers der Marx-Kommission lesen. Am Wochenende gibt Dr. Alfred Dregger, der Gegenspieler Kieps in der hessischen CDU, der BILD AM SONNTAG ein Interview (17.12.72), in dem er sein Nein zum Grundvertrag begründet. Dem steht am 16.12. - nach zwei Wochen Nicht-Präsenz Kiepscher Argumentation in den Medien - lediglich ein FAZ-Artikel entgegen, in dem diese über ein Interview berichtet, mit dem sie Kiep die Gelegenheit gab, vor der letzten Fraktionsdebatte seine Position öffentlich zu erläutern.

#### 4. Die Fraktionsdebatte

Nachdem wir zeigen konnten, welche dominierenden Argumente auf welche Art und Weise öffentlich eingeführt und konstituiert wurden, geht es uns nun um einen weiteren Aspekt dieses Problems: Wir werden uns mit den sprachlich-strategischen Mitteln beschäftigen, die die Sprecher in den Fraktionsdebatten verwenden, um die Mehrheitsposition gegen die Minderheit durchzusetzen. In der Sachthematik dominieren die Argumente, die uns schon im öffentlichen Diskurs begegnet sind - wenn auch in einem anderen rhetorischen Rahmen. Daher wird die inhaltliche Argumentationskonstellation hier nicht erneut dargestellt. Wir wollen hier vielmehr den typologischen Aspekt in den Vordergrund stellen und zeigen, daß ein Großteil der beschriebenen Merkmale nicht nur spezifisch für den konkreten Fall ist, sondern eine generelle Geltung für den Kommunikationstyp ‚Fraktionsdebatte‘ hat. Es handelt sich dabei um folgende Merkmale:

- der Charakter als Entscheidungsdebatte
- die Bemühung um Geschlossenheit
- die Nichtteilnahme des politischen Gegners
- die Präntention von Nichtöffentlichkeit
- die Metaargumentation.

Drei dieser Merkmale waren auch schon für den vorbereitenden und begleitenden Diskurs bestimmend gewesen: der Status als Entscheidungsdebatte, die Präntention von Nichtöffentlichkeit und die Herstellung von Homogenität (Geschlossenheit). Betrachtet man diese Merkmale handlungstheoretisch, zeigt sich, daß sie Ausprägungen grundlegender Interaktions- und Handlungskategorien sind:

<u>Kategorie:</u>	<u>Ausprägung:</u>
Funktion (im Rahmen der Institution Parlament)	Entscheidungsdebatte
Agenten/Kommunikationsbeteiligte	Nichtteilnahme des politischen Gegners
Situation	Präntention von Nichtöffentlichkeit
Ziel (der dominanten Gruppierung)	Herstellung von Geschlossenheit
Planung	Metaargumentation

##### 4.1. Entscheidungsorientierung

##### **Fraktionsdebatte vs. Plenardebatte:**

Am Ende von Plenardebatten stehen meist Abstimmungen, über die zuvor in Fraktionssitzungen entschieden wird. Die Reden in solchen Debatten haben normalerweise also keinen Einfluß auf das Stimmverhalten mehr. Darum kann man im Plenum auf rhetorische Strategien verzichten, die darauf zielen, das Stimmverhalten der anderen Abgeordneten zu beeinflussen. Plenardebatten - zumal solche zu strittigen Themen - stellen dissensbetonende kompetitive Legitimationsdebatten dar. Sie finden zwar

vor Abstimmungen statt, aber sie sind dennoch nachträgliche Debatten zur öffentlichen Rechtfertigung vorher in den Fraktionen getroffener Entscheidungen. Persuasiv sind Plenardebatten darum primär nach außen. Sie sollen die Öffentlichkeit wenn nicht überzeugen, so doch wenigstens beeindrucken.<sup>14</sup> Fraktionsdebatten dagegen sind Debatten vor Entscheidungen mit Einfluß auf diese Entscheidungen. Reden in Fraktionsdebatten bezwecken, möglichst große Teile der Fraktion für die eigene Position oder wenigstens für einen günstigen Kompromiß zu gewinnen. Hier wäre es kontraproduktiv, die direkte interne Konfrontation zu suchen. Darum sind die rhetorischen Hauptmerkmale die auf die Fraktionsmitglieder ausgerichtete Persuasivität und - infolgedessen - der überwiegend kooperativ-konsensuelle Gestus. Dies gilt allerdings nur eingeschränkt, wenn vor oder nach der fraktionsinternen Abstimmung deutlich wird, daß eine Gruppe von Abgeordneten nicht bereit ist, sich im Gesamtparlament der mehrheitlich getroffenen Fraktionsentscheidung anzuschließen, wie es bei der Debatte um den Grundvertrag der Fall ist (vgl. 4.2.) Die prinzipielle Dominanz des kooperativen Stils liegt auch in der sozialen Tatsache begründet, daß die Debattierenden einer als politische Einheit betrachteten und als ‚Fraktion‘ institutionalisierten Gruppierung angehören, die diese ‚Einheit‘ nicht zuletzt in Form von Fraktionssitzungen bzw. Fraktionsdebatten kommunikativ realisiert und erlebt. Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, daß die sprachlichen Register, die in Fraktionsdebatten gezogen werden, in vielerlei Hinsicht andere sind, als diejenigen, die man aus Plenardebatten kennt.

Auf der Ebene der *Sprechakte* sind BEGRÜNDUNGEN, ERKLÄRUNGEN und SCHLUBFOLGERUNGEN, also die konklusiven bzw. argumentativen Sprechhandlungen, in Plenardebatten häufig in VORWÜRFE, FORDERUNGEN, DROHUNGEN und PROVOKATIONEN integriert. In Fraktionssitzungen ist das die Ausnahme, beschränkt auf Situationen, in denen die Geschlossenheit auf dem Spiel steht (vgl. 4.2.). Der Normalfall ist hier die Verknüpfung von Argumentation mit EMPFEHLUNGEN, RATSCHLÄGEN, WARNUNGEN und BEDENKEN.

Fraktionsinterne Reden sind insofern ‚Beratungsreden‘ im Sinne klassischer Rhetorik. Die im folgenden herangezogenen Debattenauszüge enthalten zahlreiche Beispiele dafür.

Während es in Plenardebatten geradezu ein Ritual ist, beim politischen Gegner guten Willen, Verantwortungsbewußtsein, Glaubwürdigkeit und/oder Kompetenz in Zweifel zu ziehen, pflegt man in Fraktionsdebatten das Image der anderen Debatteilnehmer<sup>15</sup> möglichst nicht zu verletzen, einander die genannten Qualitäten zu unterstellen, u.U. sie einander sogar demonstrativ zu versichern - auch [und gerade], wenn man partiell widerspricht, z.B.:

<sup>14</sup> Sekundär können Plenarbeiträge vor allem bei langfristig bleibenden Themen allerdings auch darauf ausgerichtet sein, beim politischen Gegner auf die Dauer Eindruck zu hinterlassen, so daß er sich bei der nächsten oder übernächsten parlamentarischen Befassung mit dem Thema doch bewegt. Die am Ende erfolgreiche Persistenz der CDU/CSU-Fraktion gegenüber SPD und FDP in Sachen Änderung des Asylartikels im Grundgesetz zwischen 1990 und 1993 ist ein Beispiel dafür. Zu weiteren, nicht-persuasiven Funktionen von Plenardebatten vgl. Klein (1991a: 270ff.).

<sup>15</sup> *Image* wird hier im Goffmanschen Sinne als ‚Gesicht‘, das zu wahren ist, verstanden (vgl. Holby 1979).



- (23) [...] und ich bitte, mir das nicht zu verübeln, Herr Professor [...]. Ihre brillanten Ausführungen lassen nicht befürchten, daß wir genau wieder beginnen, das zu tun, was wir nicht tun sollten, nämlich [...] (Protokoll 12.12.72: 36)

Neben der Bitte um Verzeihung wie in (23) gibt es mehrere Formen, Widerspruch imageschonend zu formulieren. So wird in Fraktionsdebatten bei Gegenargumentation ungleich häufiger als in Plenardebatten von der *Konzessivrelation* Gebrauch gemacht. Beim konzessiven Argumentieren wird das gegnerische Argument weder ignoriert noch unmittelbar attackiert, sondern man räumt es zunächst einmal als bedenkenswert ein, um erst dann auszuführen, warum man für das eigene Argument [trotzdem] größere Relevanz beansprucht. Oder der Widerspruch wird zum partiellen Vorbehalt verkleinert:

- (24) Ich vermag im Hinblick auf die Ausführung des Kollegen [...] nur mit Vorbehalt zu folgen, wenn [...]. (Ebd.)

Zeichen kooperativen Debattierens ist auch die Praxis, *Zitate* und *Reformulierungen* der Äußerungen von Fraktionskollegen vorwiegend bestätigend und nicht entlarvend zu verwenden:

- (25) Es ist gestern von Herrn Kollegen [...] sehr eindrucksvoll dargestellt worden, daß wir auch die nationalpolitische Seite dieser Frage zu beachten hätten. (Protokoll 13.12.72: 14)

Mit ausdrucksstarker *Emotionalität* prätendieren Redner in Fraktionsdebatten überwiegend Leidenschaftlichkeit für hohe Ziele und die - als gemeinsam unterstellte - Verantwortung dafür, z.B.:

- (26) Es wird eine Generation kommen, bei der die deutsche historische Tradition der Einheit unseres Staates - nicht nur des Volkes, auch des Staates - wieder aufgenommen wird. Ich sage: Der Mantel der Geschichte weht wieder zurück. Und dann sollten wir nicht mit leeren Händen dastehen. (Protokoll 13.12.72: 21)

Auf der Ebene der *Lexik* fehlen bei Referenz auf Fraktionsmitglieder Schimpf- und Stigmawörter; die Form der Namensnennung bei Anrede, Zitat und Reformulierung wird dagegen präferiert benutzt, um - auch bei Gegenargumentation - Nähe und Intaktheit der Beziehung zum Angeredeten zu signalisieren, etwa durch die Verwendung des Vornamens unter Aussparung des akademischen Titels und/oder durch Verwendung des Possessivpronomens der 1. Person Plural. Ein Beispiel für die Kombination beider Formen:

- (27) [...] unser Kollege und stellvertretender Vorsitzender Heinrich Windelen hat vor einigen Tagen in einem Interview [...]. (Protokoll 13.12.72: 6)

Dies sind persuasive Mittel, mit denen Sprecher die Chance, andere für ihre Position einzunehmen, nicht allein dem „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ (Habermas 1973: 240) überlassen, sondern darüber hinaus das alte rhetorische Prin-

zip des *conciliare*, der ‚Sympathiegewinnung beim Zuhörer‘, praktizieren (vgl. Febel 1994).

#### 4.2. Geschlossenheitspostulat

Im vorigen Abschnitt ist gezeigt worden, daß die Entscheidungsorientierung von Fraktionsdebatten ihre nach innen gerichtete Persuasionsrichtung und damit ihren tendenziell kooperativen und konsensuellen Stil bedingt. Entscheidungsorientierung ist nicht eo ipso gleichbedeutend mit dem Postulat der Geschlossenheit. Entscheidungen werden auch auf der Basis kooperativ geführter Debatten häufig mit knappen Mehrheiten bzw. bei Gegenstimmen getroffen. Das Problem der Geschlossenheit stellt sich erst dann, wenn die Argumentation in der Sache droht, nicht zum Konsens zu führen, wofür unser Analysefall ein nahezu klassisches Beispiel ist. Deshalb wird oft schon präventiv, d.h. während der Debatte über die Sache auf Geschlossenheit hingewirkt. Besonders häufig erfolgen entsprechende Appelle unmittelbar vor der Entscheidung. So beginnt Barzel seinen letzten Redebeitrag unmittelbar vor der Schlußabstimmung der Fraktion:

- (28) Meine Damen und Herren, die Rednerliste ist geschlossen. Erlauben Sie mir, den Versuch zu machen, die Debatte zusammenzufassen und ihnen einen Beschlußvorschlag zu machen. Diese Aussprache, an der ich nur heute ganz habe teilnehmen können, zeichnet sich dadurch aus, daß etwa 50 Kollegen gesprochen haben. Sie hat etwa 9 Stunden gedauert. Ich glaube, dies ist eine gute Debatte, und sie hat den Konsens, den inneren Respekt voreinander auch bei unterschiedlichen Motiven doch so gestärkt, daß ich die Hoffnung ausdrücke, daß wir am Schluß dieser Sitzung eine an die Einstimmigkeit herankommende gemeinsame Auffassung finden werden. Dies wäre mir sehr erwünscht. (Protokoll 19.12.72: 46)<sup>16</sup>

In den folgenden Punkten zeigen wir, mit welchen über den bloßen APPELL hinausgehenden argumentativen und nicht-argumentativen Mitteln in Fraktionsdebatten auf Geschlossenheit hingewirkt wird.

##### 4.2.1. Argumentation pro Geschlossenheit

Bei Themen, zu denen sich abzeichnet, daß ein einheitliches Verhalten der Fraktion nicht leicht zu erreichen sein dürfte, wird die Sachargumentation überlagert durch Argumente, die auf die Identität der Fraktion als kollektiver Repräsentant von Werthaltungen und Wählererwartungen und/oder als politische Aktionseinheit referieren. Zur diesbezüglichen Argumentationstopik von Fraktionsdebatten gehören insbesondere:

- (a) die Berufung auf das Parteiprogramm oder auf Parteitagsbeschlüsse, z.B. wenn der Fraktionsvorsitzende Barzel in der Anfangsphase der Grundvertragsdebatte im

<sup>16</sup> An dieser Stelle sei Rainer Barzel gedankt für sein Einverständnis, ihn aus noch nicht veröffentlichten Protokollen zu zitieren.

unmittelbaren Anschluß an Kieps Redebeitrag auf einen Parteitagsbeschluß verweist - allerdings entsprechend der Maxime, sich politische Entscheidungsspielräume offen zu lassen (vgl. Klein 1996: 10ff.):

- (29) Ich habe am vergangenen Dienstag bei der Sitzung des CDU-Teils der Fraktion unter dem Beifall der Beteiligten gesagt, daß nicht von dem auf dem Wiesbadener Parteitag ausgearbeiteten Konzept abgewichen werden darf. Da kann gar kein Zweifel sein. Ich glaube, wir müssen natürlich sehr aufpassen, daß ein eventueller Wandel der realen Voraussetzungen der deutschen Politik darin auch seinen gebührenden Niederschlag finden kann. (Protokoll 12.12.72: 27)

(b) der Hinweis auf Wählererwartungen

- (30) Ich gehe nicht fehl in der Annahme, daß auch von uns in der Öffentlichkeit und besonders von unseren Wählern ein klares Nein erwartet wird. (Protokoll 12.12.72: 22)

(c) die Warnung vor dem öffentlichen Eindruck von Uneinigkeit und Zerrissenheit. Mit diesem Argument wendet sich am Ende der Grundvertragsdebatte unmittelbar nach der Abstimmung ein jüngerer Abgeordneter aus dem Lager der Ablehnungsmehrheit an die beiden prominenten Fraktionsmitglieder Kiep und Blüm, nachdem diese gegen das Nein zum Grundvertrag gestimmt haben:

- (31) Aber ich muß Ihnen sagen, Herr Kiep und Herr Blüm, ich hatte am Wochenende viele, viele Versammlungen geführt, diskutiert mit der Jungen Union, mit jungen Menschen. Sie genießen hohen Respekt bei diesen Menschen. Und ich habe auch öffentlich meinen Respekt vor Ihrer Haltung bezeugt in der Presse meines Wahlkreises. Aber, was Sie uns jetzt einbrocken, wenn ich das so sagen darf, ist derart schwierig, derart schwierig, [...] das, was jetzt geschieht, wird aufgefaßt als ein Ja Ihrerseits zum Vertrag. Und alle weitere Diskussion draußen im Lande, gerade mit jungen Menschen, wird uns derart erschwert, daß es wirklich bitter ist, bitter ist, mit diesem Ergebnis nur so wenig draußen im Lande anfangen zu können. (Protokoll 19.12.72: 51)

Diese Argumente sind institutionsspezifische Ausprägungen universeller Argumentationstopoi. Die Berufung auf Parteitagsbeschlüsse und Wählererwartung lassen sich dem Autoritätstopos zuordnen. Im Hinweis auf die negativen Folgen der Abweichung Prominenter von der Mehrheitslinie wird der Konsequenz-Topos realisiert.<sup>17</sup>

#### 4.2.2. Geschlossenheitsfördernde Arrangements und Rituale

Gravierender und wirksamer als inhaltliche Argumente zugunsten von Geschlossenheit dürfte das geschickte organisatorische Arrangement von Argumentation zugunsten erwünschter Positionen sein. Wie das über den ‚Umweg‘ Medien erfolgt, ist im ersten Teil unseres Beitrags ausgeführt worden. Innerhalb der Fraktionsdebatte zum Grundvertrag wird die Arbeit der Marx-Kommission allerdings zunächst ohne jeden Bezug auf ihre Öffentlichkeitseffekte eingeführt. Dabei werden die Aspekte Ex-

<sup>17</sup> Zur den universellen Argumentationstopoi vgl. Kienpointner (1992); zum Konsequenztopos vgl. Kindt (1994: 474f.).

pertentum, Dienst an der Fraktion, Orientierungshilfe, Entscheidungsvorbereitung und größtmögliche Einigkeit miteinander verbunden. Marx bekommt zur Präsentation der Stellungnahme der von ihm geleiteten Kommission als erster das Wort und führt u.a. aus:

- (32) Ich will als Vorbemerkung sagen, daß diese Kommission eine Reihe von Sitzungen absolviert hat, daß sie eine sehr subtile Arbeit geleistet hat, und ich meinerseits bedanke mich bei den Kollegen und ihren Mitarbeitern. (Protokoll 12.12.72: 1)  
[...]  
Ich hoffe, daß die Diskussion, die wir heute beginnen, uns allen die Möglichkeit gibt, eine klare und - soweit dies möglich ist - eine einheitliche Beurteilung zu finden. (Ebd.: 6)

Mit dem Ritual des DANKES durch den - zu Anfang die Sitzung leitenden - stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dr. Manfred Wörner wird die genannte Tendenz verstärkt:

- (33) Vielen Dank, lieber Kollege Marx! Ich darf Ihnen - wie Sie aus dem großen Beifall ersehen - auch für die ganze Fraktion unseren Dank aussprechen für die sorgfältige harte Arbeit, die Sie in intensivem Zusammenwirken mit einigen Kolleginnen und Kollegen über mehrere Wochen in sinnvoller Weise geleistet haben und diesen Bericht für die Fraktion vorbereitet haben. Es war, wie wir wissen, ein schweres Stück Arbeit. Sie haben damit, wenn ich es richtig beurteile, der Fraktion die Möglichkeit gegeben, schon bald nach eingehender Diskussion sich ein abschließendes Urteil über den Grundvertrag zu bilden. (Protokoll, 12.12.72: 18)

Hier wird per Verfahrensdarstellung und -bewertung ein implizites Autoritätsargument aufgebaut.

Versagt auch auf dieser Ebene - der Ebene der Argumente und Argumentationsarrangements zugunsten von Geschlossenheit - der ‚zwanglose Zwang‘ der angeführten Argumente, so stehen in Fraktionsdebatten zwei weitere kommunikative Strategien zur Verfügung, um Geschlossenheit zu erreichen: (1) Kompromiß, (2) Druck auf potentielle Abweichler bis zum Versuch, Fraktionszwang auszuüben oder, falls dies nicht fruchtet,<sup>18</sup> der Versuch der Marginalisierung der Abweichlerposition. Die Grundvertragsdebatte der CDU/CSU-Fraktion und deren parlamentarische Nachgeschichte beinhalten beides, wie dies bereits bei der Analyse der medialen Begleitung zutage getreten ist. Ein Kompromiß wird erzielt zwischen Vertretern divergierender Meinungen über Modalitäten innerhalb der Ablehnungsmehrheit. Die zweite Strategie des Drucks wird gegen die kleine Gruppe der Zustimmungswilligen angewendet.

#### 4.2.3. Kompromiß

Die Möglichkeit, auf der Basis einer Debatte zu einem Kompromiß zu kommen, d.h. von unterschiedlichen Positionen abzurücken und sich auf eine neue, gemeinsame

<sup>18</sup> Aufgrund Artikel 38, Abs. 1 GG ist Fraktionszwang nicht zulässig. Es ist daher kein offizielles institutionalisiertes *Verfahren*, das Abgeordnete zu einem bestimmten Abstimmungsverhalten im strengeren Sinne zwingt.

zu einigen, setzt vor allen bei der Fraktionsführung die Fähigkeit voraus, im Dis-senten Konsensuelles zu entdecken. Das bedeutet u.U. auch, Akzente zu verlagern, indem z.B. ursprünglich scheinbar Gegensätzliches als kompatibel neu interpretiert wird. Kompromisse sind in der Grundvertragsdebatte zwischen Gegnern und Befür-wortern nicht möglich, wohl aber zwischen den Gegnern selbst, die hinsichtlich des Prozederes zunächst unterschiedlicher Meinung sind. Am Ende des zweiten Debat-tentages ist innerhalb der Mehrheit der Gegner zum einen der Zeitpunkt für die Fraktionsentscheidung strittig (sofort oder aufgrund der noch langen Rednerliste erst in der nächsten Fraktionssitzung), zum anderen die Frage, ob die Ablehnung des Grundvertrages mit Begründung oder - mit Blick auf die Koordinierung mit den unionsregierten Ländern - z u n ä c h s t o h n e Begründung erfolgen sollte. Barzel greift den Kompromißvorschlag eines Fraktionsmitglieds auf und erhält für seinen, die strittigen Alternativen zum Teil unterlaufenden Beschlußvorschlag eine über-wältigende Mehrheit (bei 5 Gegenstimmen, 1 Enthaltung):

- (34) Die Fraktion beschließt: Auf der Grundlage des Berichts der vom Kollegen Marx geleiteten Kommission, der die Fraktion - besonders Kollegen Marx selbst - besonderen Dank für die hervor-ragende Arbeit ausspricht, und auf der Grundlage der mehrtägigen Diskussion der Fraktion wird die vom Kollegen Marx geleitete Kommission beauftragt, im Einvernehmen mit den CDU/CSU-regierten Ländern die Begründung der Ablehnung des Grundvertrages auszuarbeiten und der Fraktion zur Beschlußfassung vorzulegen. (Protokoll 13.12.72: 50)

#### 4.2.4. Druck-Ausübung und Marginalisierung

Die Ausübung von Druck auf die Minderheit der Befürworter des Grundvertrags beschränkt sich - das sei zur Vermeidung von Mißverständnissen vorab angemerkt - keinesfalls auf Fraktionsdebatten und deren publizistische Begleitstrategien. Was jenseits von Öffentlichkeit und Fraktionssitzungen an Pressionen möglich ist, ist jedoch nicht Gegenstand unserer linguistischen Analyse. Wir beschränken uns auf Formen des rhetorischen Drucks in der Fraktionssitzung. Sie reichen von kaum spürbaren Distanzierungssignalen bis zur massiven verbalen - ins Persönliche ge-henden - Attacke. Ein Signal von Distanzierung kann die Wortwahl bei der Na-mensnennung sein. So ist Kiep für beinahe alle Debattenredner „Herr Kiep“ - auch bei denen, die andere Fraktionsmitglieder als „(unseren) Kollegen XY“ bezeichnen oder den Vornamen hinzufügen („was Werner Marx eben ausgeführt hat“). Eine stärkere Form der Distanzierung ist die Ausgrenzung eines oder mehrerer Frakti-onsmitglieder aus dem Referenzbereich der durch Personal- und Possessivpronomi-na der 1. Pers. Plural („wir“, „uns(er)“) bezeichneten Personen. (Vgl. (31) und 37))

Auch eine rein sachliche Gegenargumentation kann in bestimmten Fällen zu per-sonenbezogener Abwertung bzw. verbaler Ausgrenzung aus der eigenen Gruppe führen, wenn z.B. dem Adressaten explizit oder implizit die gemeinsame Wertbasis abgesprochen wird. In der Grundvertragsdebatte der CDU/CSU-Fraktion geschieht das quasi von Beginn an. Nachdem Kiep seine Bedenken gegen ein frühes Nein der Fraktion u.a. mit der Unterstützung der Brandtschen Ostpolitik durch die westlichen Verbündeten und mit der besseren Aussicht auf Koalitionen der Union mit der FDP

begründet hat,<sup>19</sup> wird er von einem anerkannten außenpolitischen Experten direkt angesprochen („Herr Kiep“):

- (35) [...] Demgegenüber können Probleme der Opportunität keine Rolle spielen, weil es sich hier um einen Vertrag handelt von historischer Dimension. Denn das Verhältnis der beiden Teile Deutschlands ist eine geschichtliche Entscheidung. Darüber hinaus sind wir uns alle klar [...], dieses Problem kann man nur angesichts seiner geschichtlichen Dimension aufgrund von Werten aus der Perspektive von Werten entscheiden, von denen Herr Barzel eben gesprochen hat.<sup>20</sup> Das sind die Nation, der Status unserer Geschichte, denen gegenüber gilt Opportunität nichts, meine Damen und Herren. Wenn wir glauben, mit Opportunität irgendjemand gewinnen zu können auf die Dauer, meine Damen und Herren, dann wäre es irrig. (Protokoll 12.12.72: 31)

Diesen indirekten Opportunismus-Vorwurf versucht Blüm wiederum zu konterkarieren, indem er „Opportunität“ bzw. „Opportunismus“ als angemessene Bezeichnung für die Minderheitsposition verwirft und diese durch die konkurrierende Bezeichnung „Pragmatismus“ anders und positiver konzeptualisiert und darüber hinaus die Begriffspolarität „Gesinnungsethik“ versus „Verantwortungsethik“ (Max Weber) einführt:

- (36) Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst für meinen Teil ein ausdrückliches Plädoyer für den Pragmatismus in der Außenpolitik halten und wehre mich gegen den Vorwurf, Pragmatismus sei amoralisch. Wir haben es in der Politik nicht mit einer Gesinnungsethik zu tun, sondern mit *Verantwortungsethik* die Umstände zu respektieren, unter denen wir Politik zu treiben haben. Außenpolitik wird nicht im luftleeren Raum betrieben, sondern sie hat Fakten vorgegeben und damit zu rechnen. (Protokoll 12.12.72: 33)

Neben diesen vergleichsweise moderaten Strategien kommt es in unserem Analysefall aber auch zu expliziten persönlichen Attacken, die bezeichnenderweise nicht in der eigentlichen Debatte, sondern erst nach der Abstimmung erfolgen, als eine Diskussion über das weitere Verhalten der vier, die gegen ein Nein zum Grundvertrag gestimmt haben, beginnt. Dazu gehören verbale Angriffe wie der unter (31) zitierte gegen die ‚Prominenten‘ Kiep und Blüm und der eines altgedienten Fraktionsmitglieds gegen einen der nicht-prominenten Fraktionsneulinge:

- (37) [...] ich möchte etwas als einer, von denen, der schon verhältnismäßig lange in dieser Fraktion ist, sagen. Ich bin seit 1957 hier. Sie sind seit einigen Tagen in dieser Fraktion [...]. Nun [...] sind Sie uns präsentiert von der Jungen Union [...]. Wir kannten Sie nicht und Sie kannten uns nicht [...] - es war vielleicht eine Verlegenheitslösung - ich weiß das nicht. (Protokoll 19.12.72: 56)

An dieser Stelle erteilt der Fraktionsvorsitzende Barzel dem Altparlamentarier allerdings einen Ordnungsruf:

- (38) Aber, Herr Kollege [...], ich weise das zurück - Herr Kollege [...] ich muß dies rügen. (Ebd.: 57)

<sup>19</sup> Kieps in der Fraktionsdebatte vorgetragene Gesamtargumentation entspricht den in 3.2. anhand seines Zeit-Interview dargestellten Gründen (vgl. Protokoll 12.12.72: 23-27).

<sup>20</sup> Der Fraktionsvorsitzende Barzel hatte unmittelbar im Anschluß an Kiep das Wort ergriffen und - ohne ihn direkt anzusprechen - nachdrücklich dafür plädiert, zum Grundvertrag mit der Regierung „eine grundsätzliche Debatte um die Grundwerte zu führen, mit aller Entschiedenheit [...]“, und zwar „ganz moralisch - rigoros - scheuen Sie sich nicht vor moralischem Rigorismus!“ (Protokoll 12.12.72: 28).

Den stärksten Abwertungs- und Ausgrenzungseffekt haben allerdings nicht die verbalen Attacken selbst, sondern die kollektiven Reaktionen auf Gesagtes, wenn es z.B. für den unter (35) zitierten Opportunismus-Vorwurf gegen Kiep demonstrativ starken Beifall gibt, sich aber auf Kieps eigenen Beitrag kaum eine Hand rührt. Ein weiteres Beispiel: Als der eben apostrophierte Fraktionsneuling der Mehrheit vorhält, sie verfare nach der Enthaltung zu den Ostverträgen und dem Ja zum Verkehrsvertrag - beides vor den Wahlen - mit dem Nein zum Grundvertrag nach verlорner Wahl inkonsequent, vermerkt das Protokoll: „starke Unruhe in der Fraktion“:

- (39) [...] wie es aussähe, wenn wir die Mehrheit hätten und die Regierung stellten, oder wenn wir ähnlich knappe Mehrheitsverhältnisse hätten, wie wir sie in der vorigen Legislaturperiode hatten. Ich persönlich bin überzeugt [...], daß das Votum der Fraktion dann anders wäre, als es hier heute mit der Mehrheit beschlossen worden ist. (Ebd.: 52)

Die Marginalisierungsbemühungen setzen verstärkt ein, als sich abzeichnet, daß die Abweichler nicht nur fraktionsintern gegen ein Nein zum Grundvertrag gestimmt haben, sondern daß sie wahrscheinlich auch im Bundestagsplenum mit den Regierungsfractionen für den Vertrag stimmen werden, d.h. daß die Geschlossenheit der Fraktion kaum noch zu retten ist. Marginalisierung einer politischen Position und ihrer Träger bedeutet bei einer Frage von zentraler politischer Bedeutung vor allem, die Öffentlichkeitswirksamkeit gering zu halten. Damit wird am Ende der Fraktions-sitzung begonnen, indem der Fraktionsvorsitzende an die Abweichler appelliert, sich mit öffentlichen Äußerungen zurückzuhalten:

- (40) [...] die Bitte an die Kollegen, die eben also etwas anders hier votiert haben als die überwiegende Mehrheit, nun dieses als eine hier getroffene, in diesem Augenblick getroffene Gewissensentscheidung zu betrachten. Und das ist ja nicht umso glaubhafter, wenn sie rausgehen und sich öffentlich gegen die eigene Fraktion etwa äußern. Ja? Darf ich das so vorsichtig sagen? Ich denke, ich bin verstanden worden. (Protokoll 19.12.72: 54)

Dem wird vor der Fraktion dadurch noch Nachdruck verschafft, daß Barzel die Abweichler im gleichen Atemzug zu Vier-Augen-Gesprächen einlädt, „[...] um dies auch persönlich noch etwas deutlicher zu sagen.“ (Ebd.)<sup>21</sup> Der Höhe- und Schlußpunkt der Marginalisierungsbemühungen findet dann im Plenum des Deutschen Bundestags bei der Schlußdebatte über den Grundvertrag am 11. Mai 1973 statt. Mit Hilfe der Geschäftsordnung, die interfraktionelle Vereinbarungen zur Dauer einer Debatte erlaubt und den Fraktionen das Recht gibt, für die ihr zustehende Redezeit die Redner zu bestimmen, wird die Fraktionsminderheit daran gehindert, ihre Haltung am Rednerpult öffentlich zu begründen. Kiep muß nun trotz seiner herausragenden Position im CDU-Präsidium die - von ihm mit den anderen Befürwortern abgesprochene - Rede als „schriftliche Erklärung“ in Kurzform dem Bundestagsprotokoll hinzufügen und kann dazu im Plenum lediglich eine - keinem Abgeordneten zu verwehrende - kurze „Erklärung zur Abstimmung“ abgeben:

<sup>21</sup> Zu Barzels Ehre muß allerdings gesagt werden, dass er sich in diesen Gesprächen ausgesprochen zurückhaltend und fair verhalten und den vor der Fraktion suggerierten Druck nicht ausgeübt hat. [J. K.]

- (41) Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Obwohl ich mich von Anfang an um einen Beitrag zu dieser Debatte bemüht habe, hat der zeitliche Ablauf es nicht möglich gemacht, daß ich zu Worte kam. Weil ich im Unterschied zum größten Teil meiner Kollegen der CDU/CSU-Fraktion für den Grundvertrag stimme, gebe ich in Übereinkunft mit meinen Kollegen, die ebenfalls für den Grundvertrag stimmen - Norbert Blüm, Karl-Heinz Hornhues und Josef Klein - , eine schriftliche Erklärung zum Stenographischen Bericht des Deutschen Bundestages. (DB 7/1650f.)<sup>22</sup>

#### 4.3. Abwesenheit des politischen Gegners

In Fraktionsdebatten ist der parlamentarische Gegner, in unserem Beispielfall die Regierungsmehrheit von SPD und FDP, abwesend und somit diskursiv stumm. Die Situation begünstigt die Dynamik der Konstitution von In-Group-Konzepten. So ist der parlamentarische Gegner in der Modellierung der jeweils anderen Fraktion als Thema zwar symbolisch-konzeptuell immer präsent. Er kann sich jedoch selbst nicht gegen Verzerrungen seiner Positionen, Argumente und Motive wehren. In Fraktions-sitzungen existiert der politische Gegner als Out-Group nur im Spiegel der In-Group-Konstruktionen. Diese permanente ‚Gegner-Perspektive‘ fungiert zumeist als MAHNUNG an die Abweichler in den eigenen Reihen und dient der argumentativen Einschüchterung. Das kann beispielsweise dazu führen, daß problematisch erscheinende Tendenzen im gegnerischen Lager, auch wenn sie dort nur eine marginale Bedeutung haben, eine übertriebene Aufwertung erfahren. So warnt ein junger Konservativer mit Berufung auf Diskussionen „mit Jungsozialisten und Jungdemokraten“ davor, daß mit dem Grundvertrag auch eine Änderung der bestehenden Verfassungs- und Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik drohe bzw. eine Wiedervereinigung unter sozialistischem Vorzeichen im Sinne des Artikels 8 der DDR-Verfassung intendiert sei (Protokoll 12.12.72: 35) - ein Gedanke, der von Marx in seinem Resümee am Ende des ersten Debattentages aufgegriffen und mit Hinweis auf eine angebliche Äußerung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner verstärkt wird (vgl. ebd.: 41).

Bei der Modellierung des abwesenden politischen Gegners und seiner Politik spielen oft sprachstrategische Argumente eine bedeutende Rolle (zur metaargumentativen Perspektive vgl. auch 4.5). Für die Grundvertragsdebatte sind sie geradezu konstitutiv. Hierzu ein Beispiel aus dem Debattenbeitrag eines Mitglieds der Marx-Kommission:

- (42) Aber ich bin auf der anderen Seite der Meinung, daß das, was unser Kollege B. vorhin im Hinblick auf die Sprache, mit der heute schon in den Regierungsparteien und die von ihren Vertretern im Zusammenhang mit dem innerdeutschen Verhältnis gesprochen wird, höchste Wachsamkeit am Platz ist. Die Sprache erweist sich, wie die Beispiele zeigen, die wir jeden Tag von den Regierungspolitikern frei Haus geliefert bekommen, als eine immer gefährlichere Waffe in der Hand nicht mehr bloß dieser Regierungsparteien gegen uns, sondern eine gefährliche Waffe in der Hand des Regimes in Ostberlin gegen die freiheitliche Bundesrepublik Deutschland. [...] Wenn man das so versteht, wie es Herr Bahr nur gemeint haben kann, daß nämlich Normalisierung in diesem Sinne nichts anderes bedeute als die Aufnahme eines normalen diplomatischen Umgangs [der DDR, J.K./K.S.] im Verhältnis zu den Westmächten, daß aber damit nicht gemeint ist, die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Menschen in den beiden Teilen Deutschlands - was

<sup>22</sup> Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages, zit. nach Legislaturperiode und Seitenzahl.



doch gerade das entscheidende Anliegen der Bundesregierung war, als sie sagte, dieser Grundvertrag wäre abzuschließen, dann zeigt sich doch, daß Herr Bahr hier den gefährlichen Begriff der Normalisierung im kommunistischen Sinn beinahe vollständig übernommen hat. Und, wenn man das sich vor Augen führt, dann wird doch deutlich, wie recht unser Kollege D. in dem Interview hatte, das er vor wenigen Tagen gegeben hat, und, wie es auch ein anderer Kollege vor ein paar Tagen hier in diesem Raum gesagt hat, daß mit dem Grundvertrag nämlich - ich glaub, es war Kollege M., jetzt, wenn ich ihn vor mir sehe - daß mit dem Grundvertrag nicht bloß ein Kapitel deutscher Geschichte geschlossen, sondern, daß ein neues eröffnet wird und daß hier bereits die Waffen geschmiedet werden, mit denen die Demokratie - in unserem Fall Deutschland - überrannt werden soll. Denn diese Waffen sind heute mehr die Sprache und die Unterminierung unserer Sprachgebräuche als Waffen und als militärische Gewalt. (Protokoll 19.12.72: 41)<sup>23</sup>

Die indirekte Anwesenheit gegnerischer Positionen und ihre Instrumentalisierung für die Binnenkontroverse durch die Mehrheit stellt für die Vertreter abweichender Minderheitenpositionen ein Dilemma dar: Sie können es gar nicht vermeiden, auch Argumente der politischen Gegenseite zu verwenden, um ihre Meinung zu vertreten. Damit schaffen sie jedoch prinzipielle emotionale Barrieren innerhalb ihrer eigenen politischen Gruppierung. Aus diesem Grunde versuchen sie, andere Argumente, die nicht aus dem gegnerischen Lager stammen, zu verwenden, was u.U. zu Argumenten führt, die konstruiert wirken und daher ebenfalls geringe Akzeptanzchancen bieten. Wohl nur so ist zu erklären, warum Kiep seine positive Haltung zum Grundvertrag u.a. damit rechtfertigt, daß sie geeignet sei, die angeblich bedeutenden „Neutralismustendenzen“ in der Regierungskoalition wirksamer zu bekämpfen.

- (43) Und, nur dann [bei einem Ja zum Grundvertrag, J.K/K.S.] sind wir im Stande, die verhängnisvollen und zumindest bei Teilen der Regierungskoalition vorhandenen Neutralisierungstendenzen wirkungsvoll zu verhindern, die im Grunde auf eine gesamteuropäische Friedensordnung hinsteuern und nicht mehr auf unser politisches Ziel der Einigung Westeuropas. (Protokoll 12.12.72: 27)

#### 4.4. Präntention von Nichtöffentlichkeit

Die Präntention von Nichtöffentlichkeit stärkt das Sicherheitsgefühl einer In-Group. Das gilt auch für Fraktionssitzungen, obwohl hier Nicht-Öffentlichkeit immer durch die Möglichkeit von Indiskretionen gegenüber den Medien gefährdet ist. Darum hat die Einhaltung von Diskretion gleichzeitig Postulat- und Fiktionscharakter. Als Postulat von relativ hoher Wertigkeit läßt sie sich - bevorzugt von Fraktionsführungen - als Disziplinierungsinstrument nutzen, wie Beispiel (40) bereits gezeigt hat. Es ist vor allem dann verwendbar, wenn die ständige Gefährdung des Postulats (= Gefahr, daß etwas vorzeitig an die Medien gelangt) als Argument der Fraktionsführung für die Zurückhaltung oder Portionierung von Informationen gegenüber der Fraktion genutzt wird. So liest Marx zu Beginn der Debatte der Fraktion das von seiner Kommission ausgearbeitete umfangreiche Papier, ergänzt um Zusatzbemerkungen, über eine halbe Stunde lang vor. Der Fraktion steht keine schriftliche Vorlage zur

<sup>23</sup> Bemerkenswerterweise ist dieser Beitrag ein Jahr älter als die vielbeachtete Parteitage, in der der CDU-Generalsekretär Biedenkopf unter dem Ausdruck „Begriffe besetzen“ Sprachstrategien der beschriebenen Art thematisiert (vgl. Klein 1991b).

Verfügung - auch nicht der Grundvertragstext, den Marx ebenfalls vorliest. Damit haben alle Mitglieder, die weder der Fraktionsführung noch der Marx-Kommission angehören, einen kaum kompensierbaren Diskussionsnachteil, der vor allem die Gegner der Ablehnungslinie des Kommissionspapiers trifft. Als Rechtfertigung benutzt Marx das Postulat der Nichtöffentlichkeit:

- (44) Wir haben uns verabredet, daß wir jetzt kein Papier vorlegen. Ich möchte einfach aus der Erfahrung - die Älteren, die längere Zeitschon hier sind, werden das alle verstanden haben - sagen, Papiere hier bedeuten am nächsten Tage, daß sie in den Zeitungen zu lesen sind. Und wir wollten ausdrücklich verhindern, daß durch eine solche Entwicklung der Meinung der Fraktion in dem Prozeß ihrer Meinungsbildung vorgegriffen wird. Aus diesem Grunde, ich möchte es ganz offen sagen, es gibt 4 Exemplare, die vorhin fertig geworden sind. Drei sind hier, und das andere hat der Vorsitzende. Es kann also nicht sein, daß etwas hinauskommt. Ich hoffe, daß wir einmal morgen die Zeitung aufschlagen, ohne erneut uns gegenseitig in Verlegenheit gebracht zu haben. (Protokoll 12.12.72: 37)

Die proklamierte Intention wird nicht erreicht - am nächsten Tag sind die zentralen Passagen in der WELT zu lesen (vgl. 3.). Der nicht explizit gemachte, aber möglicherweise intendierte Zweck dieser Marxschen Verfahrensweise funktioniert dagegen: Kaum ein Fraktionsmitglied ist in der Lage, sich mit dem Papier, das nach offizieller Lesart Grundlage für die Beschlußfassung der Fraktion sein sollte, genau und kritisch auseinanderzusetzen.

Die Präntention von Nicht-Öffentlichkeit ist nicht nur bloße Fiktion. Sonst wären zwei Phänomene, die in Fraktionssitzungen durchaus üblich sind, nicht erklärbar:

- (a) das Aussprechen von Gedanken, die in der politischen Öffentlichkeit tabu sind,
- (b) das Aussprechen und Entwickeln politischer ‚Phantasmen‘, wie sie Berufspolitiker bei Anwesenheit kritischer Öffentlichkeit kaum vornehmen würden.

Dazu zwei Beispiele. In (45) rechtfertigt ein Ablehnungsbefürworter das Ansprechen eines - die westlichen Verbündeten betreffenden - politischen Tabus mit der Nichtöffentlichkeit der Debatte:

- (45) Nichtsdestoweniger bin ich der Auffassung, daß auch wir keine Veranlassung haben, in dieser Frage zu schweigen, daß auch wir darlegen müßten, warum unsere westlichen Verbündeten der Ost- und Deutschlandpolitik ihre Zustimmung geben, weil sie - und ich glaube, das darf man in einer internen Veranstaltung, die ja eine Fraktionssitzung doch ist, offen aussprechen [...] - weil auch sie natürlich froh sind, die deutsche Frage vom Tisch zu haben. (Protokoll 12.12.72: 23)

Ein Fraktionsneuling aus dem Ablehnungslager erntet Beifall, als er eine Vision des politischen Willens „der jungen Generation“ entwickelt:

- (46) Es ist gesagt worden, daß vielleicht gerade die junge Generation hier Konsequenzen ziehen wolle, sich mit etwas abfinden wolle, was wir mit diesem Vertrag einfach tun müßten. Ich glaube, wir verkennen dabei ganz wesentlich das, was die junge Generation tatsächlich will. Sie will nämlich nicht, daß wir uns in irgendeiner Form mit irgend etwas Unmoralischem oder Unrechtmäßigem

abfinden, sondern sie will, daß wir klar unsere Position beziehen und sagen, daß wir für Recht und Freiheit und Selbstbestimmung bereit sind zu kämpfen. (Protokoll 12.12.72: 34)

Dieses moralisch-politische Phantasma hätte der Sprecher angesichts der überwältigenden Zustimmung der Jungwähler zur Brandtschen Ost- und Deutschlandpolitik bei der gerade stattgefundenen Bundestagswahl gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit sicherlich nicht behauptet.

#### 4.5. Metaargumentation

In einer Fraktionsdebatte überlagern sich mindestens drei Argumentationsebenen:

- Argumentation zur Sache (s.o.),
- Argumentation zugunsten von Geschlossenheit (s.o.),
- Metaargumentation, d.h. Argumentation über Argumentationsstrategien in Parlament und Öffentlichkeit.

Metaargumentation in Fraktionsdebatten ist überwiegend strategischer Natur. Darum pflegt der Konsequenz-Topos eine herausragende Rolle zu spielen: Was sind die Folgen, wenn wir uns so oder so präsentieren? Die Institutionenspezifik der Normen, der Erwartungen und der Interessen, die für eine Parlamentsfraktion gelten, bedingen bereichsspezifische Ausprägungen des Konsequenz-Topos und anderer Argumentationstopoi, soweit sie vorkommen, z.B. des Final- und des Prinzipien-Topos.<sup>24</sup> Die Aspekte, unter denen dies in der Grundvertragsdebatte stattfindet, decken zwar nicht alle denkbaren Möglichkeiten ab, können aber durchaus als typisch für die politisch-parlamentarische Kommunikationsform ‚Fraktionsdebatte‘ gelten. Die folgenden Beispiele illustrieren Formen strategischer Metaargumentation, vor allem im Hinblick auf die Thematik und den Sprechaktcharakter:

(a) WARNUNG vor unangenehmen Folgen vorzeitiger Festlegung, hier auf den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit des Grundvertrags:

(47) Ich möchte davor warnen, den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit zu erheben. Ich möchte auch davor warnen, daß wir uns der Öffentlichkeit gegenüber auf diesen Vorwurf festlegen; denn, wenn wir dies tun, dann begeben wir uns natürlich in die Verpflichtung, danach, für den Fall der Gesetzwerdung des Vertrags, das Bundesverfassungsgericht anzurufen. (Protokoll 12.12.72: 18)

(b) WARNUNG vor der Festlegung auf einen bestimmten Begriff - hier ‚Teilungsvertrag‘ -, weil er die Argumentation in der Öffentlichkeit erschwert (vgl. dazu auch 3.3., (14) und (17))

(48) Was mich ein wenig davon abhält, den Begriff des Teilungsvertrages zu verwenden, ist die Frage, ob wir nicht damit bei vielen in der Öffentlichkeit einen recht zwiespältigen Eindruck erwecken

<sup>24</sup> Zur Bereichsspezifik von Argumentation: Toulmin (1975: 37ff. [engl. 1958]); zu Final- und Prinzipien-Topos vgl. Klein (1999).

und zwar einfach deswegen, weil viele sagen: Die Teilung Deutschlands ist seit langem vollzogen. Und, wenn man jetzt von einem Teilungsvertrag spricht, dann hinkt ja dieser Vertrag im Grunde genommen nur den sog. Realitäten nach, und es kostet uns dann wieder mindestens eine Viertelstunde in einer Veranstaltung, um klarzumachen, warum dies ein Teilungsvertrag ist, der eine Spaltung legalisiert, und warum wir durch den Begriff des Teilungsvertrages nicht sagen wollen, diese Regierung habe Deutschland geteilt. (Protokoll 19.12.72: 43)

(c) Explizite Trennung zwischen Sprachregelung für den öffentlichen Gebrauch und eigener Überzeugung - hier mit zweifachem Sprechaktwert formuliert: ZUGESTÄNDNIS, (Äußerung ist aus strategisch-taktischen Gründen notwendig) und gleichzeitig MAHNUNG (trotzdem darf die eigentliche eigene Meinung darüber nicht vergessen werden):

(49) Soll es ein Teilungsvertrag - nach draußen hin von uns so formuliert - sein, oder müssen wir im Interesse der Nation, aller Menschen, vorsichtiger formulieren? Es ist besser, wie es Herr [...] gesagt hat, etwa zu formulieren: „In den Augen der Weltöffentlichkeit bedeutet dieses den Teilungsvertrag.“ Ich respektiere dies, aber ich möchte auch ein anderes dazu sagen, daß wir selbst hier sollten uns sehr darüber im klaren sein, was dieser Vertrag ist. Und dieser Vertrag ist ein Teilungsvertrag. (Protokoll 13.12.72: 14)

(d) RECHTFERTIGUNG einer Polarisierungsstrategie durch Berufung auf die Pflicht, Recht gegen das Unrecht hochzuhalten (= Ausprägung des Prinzipien-Topos):

(50) Es ist von Herrn Kiep gestern hier erklärt worden, wir müßten dazu beitragen, daß die Polarisierung abgebaut wird. Ich teile natürlich diese Auffassung, daß man, schon um unsere deutschen Positionen im Ganzen besser halten zu können, Polarisierungen unter den deutschen Parteien abbaut. Aber, finden Sie denn nicht, daß eben mit der Forderung einer solchen deutschen Unterschrift unter das Unrecht, sage ich jetzt abgekürzt, wir in eine Polarisierungslage gedrängt werden, die wir doch nicht gesucht haben. Und ist es dann nicht sogar unter solchen Umständen unsere rechtliche, politische und ethische Pflicht, die Polarisierung zu suchen, das Recht gegen das Unrecht drüben hervorzuheben? (Protokoll 13.12.72: 8f.)

Metaargumentative Beiträge werden vor allem auch von der Fraktionsführung eingebracht. In unserem Analysefall tut das der Fraktionsvorsitzende durch INFORMIEREN über die:

(a) Notwendigkeit, die öffentliche Argumentation mit den Regierungen der von der Union regierten Länder abzustimmen:

(51) Für den Fall, daß die Regierung [...] das zustimmungsfähig machte, würde das für unsere Freunde drüben [im Bundesrat J. K./K. S.] eine andere Lage sein, als wenn dies nicht geschieht. Wir haben deshalb unsern Freunden in den Ländern bei völligem Einverständnis in der Sache versprochen, das Verfahren und die Formulierung der Begründung mit ihnen abzustimmen, weil die natürlich in eine ganz besondere Situation kommen. (Protokoll 12.12.72: 28)

(b) frühzeitiges SETZEN VON ARGUMENTATIONSPRIORITÄTEN sowohl für die Fraktionsdebatte selbst als auch mit Blick auf die öffentliche Darstellung:

- (52) Ich möchte [...] nicht um den Grundvertrag Punkt für Punkt eine gründliche Debatte herbeiführen. Wir entschließen uns, eine grundsätzliche Debatte um die Grundwerte zu führen, mit aller Unterschiedenheit, denn das ist die Konfrontation, um die es geht. Dabei wollen wir, glaube ich, auch bleiben. [...] in der Taktik auch hier schwungvoll, so müssen wir die Grundwerte dieses Grundgesetzes ganz moralisch-rigoros - schämen Sie sich nicht vor moralischem Rigorismus! - mit der für unsere Position notwendigen Stichhaltigkeit versehen. Ich selbst brauche wohl nicht sagen, daß ich dies tun werde. (Ebd.)
- c) **VORSTRUKTURIEREN** durch Hervorheben der in der Debatte zu berücksichtigenden Vielfalt der Entscheidungsaspekte (öffentliche Wirkung, Handlungsspielraum für künftige Entscheidungen, Wertigkeit und Relevanz der Entscheidung, Koordinationsprobleme) und **RATEN** zu deren Berücksichtigung:
- (53) Dies, glaube ich, ist die Haltung in dieser Frage, die uns wohl ansteht und die in der Bevölkerung in ihrer Wirkung wohl mehr ankommt für die Öffentlichkeit und auch für die Frage eines parlamentarischen Ja oder Nein und ... - da kommen ja noch viele andere Verträge - damit sie uns in die Lage versetzt, in völliger Unbefangenheit die folgenden Verträge abzulehnen oder ihnen zuzustimmen, je nach dem eigenen Inhalt aus dem eigenen Problemkreis. Wir dürfen uns hier nicht etwas auferlegen, was uns überhaupt die Möglichkeit nimmt, vielleicht das Wort zu ergreifen, oder was irgendeine Sache kompliziert, die andernfalls viel einfacher zu behandeln wäre. Ich glaube, hier ist ein Platz für eine ganz grundsätzliche Entscheidung, woran kein Zweifel sein darf. Es ist auch erlaubt, in der Begründung und auch im Verfahren klug und besonnen zu sein, jetzt nicht vorzugreifen unseren Freunden in den Ländern, die da den schwierigeren Part zu spielen haben. (Ebd.: 30)
- (d) am Ende der Debatte **POSITIV BEWERTEN** und **GEWICHTEN** der in der Debatte vorgebrachten Ablehnungsgründe sowie **PRIORITÄTENSETZUNG** für den Transfer der Fraktionsposition in die Öffentlichkeit, z.B.
- (54) Erlauben Sie mir, meine Freunde, zu der Debatte und den Argumenten noch einige Zusätze oder Feststellungen. Zunächst freue ich mich, daß das moralisch-politische Argument von der Mehrheit der Redner ganz nach vorne gebracht worden ist. Ich glaube, daß dies uns gut bekommt. Und ich finde auch eine Formel wie ‚Freiheit oder nicht‘ sehr gut. Ich glaube, daß die Argumentation aus der UNO-Satzung und dem Grundgesetz hier ja auch einen Niederschlag gefunden hat. Dies alles ist gut. Es ist neu hinzugekommen ein Argument, das wir intern kennen, [...] das Argument der andern Seite mit der lebendigen Nation. D.h., wenn man schon die staatliche Einheit nicht herstellen kann, soll man durch Kontakte [...] die Nation lebendig halten. Ein Gedanke, über den man nachdenken kann. Nur, vor diesem Gedanken und diesem Prinzip kann man dies Vertragswerk nur ablehnen, denn hier gibt es doch nur Kontakte und Begegnungen aufgrund bisheriger Familienbindungen. Es entstehen doch fast keine neuen, weil hier ein ganz dünnes Rinnsal einer Einbahnstraße von Freizügigkeit notdürftig geöffnet wird. Das heißt pro futuro entsteht diese lebendige Nation nicht, sondern die früher lebendige Nation kann jetzt noch ein bißchen sich betätigen, und wir werden sicher in der Debatte im Parlament über die Sache, wie ich Ihnen empfehle, dann im Parlament und draußen etwas - na ich will nicht sagen: emotionalisieren, aber doch gefühlvoll führen. Aus der Fülle unserer Briefe aus Ost und West muß man einiges vorlesen. Erschütternde Briefe von drüben: „Bitte, kommt nicht! Die Mutter stirbt, aber, wenn Ihr kommt, verlieren wir unsern Beruf“. Solche Sachen alle, muß man, glaube ich, vortragen [...]. Das hätte geregelt werden müssen oder war ein Vorhaben. Aber gerade vor diesem Vorhaben ist dieser Vertrag gescheitert, weil er dies nicht gebracht hat. (Protokoll 19.12.72: 47)

Indirekt tragen solche metaargumentativen Beiträge, die sich aus der politischen Position und aus der Aufgabe des Vorsitzenden, die Fraktion in öffentlicher Rede zu

repräsentieren, ergeben zur Stärkung des Postulats der Geschlossenheit, zum Druck auf Abweichler und - zumindest fraktions- und parteiintern - zur Marginalisierung von deren Position bei.

## 5. Schlußbemerkung

Dieser Beitrag sollte in erster Linie der exakten Beschreibung und bis zu einem gewissen Grade auch der funktionalen Erklärung eines zentralen, aber bisher kaum thematisierten Bereichs der parlamentarischen Kommunikation und dessen Vernetzung mit dem (medien)öffentlichen Diskurs dienen. Die Ergebnisse der Untersuchung fordern allerdings zu weitergehenden (1) argumentationstheoretischen und (2) demokratietheoretischen Reflexionen heraus, die hier nicht mehr in Angriff genommen werden können. Sie bleiben späteren Arbeiten vorbehalten. Die Richtungen, in die dies gehen dürfte, seien abschließend als zwei Fragen formuliert:

Zu (1): Welchen argumentationstheoretischen Status hat dieser Typus ‚Entscheidungsdebatte‘ unter den Bedingungen des Geschlossenheitspostulats, der Gegnerabwesenheit, der prätendierten Nicht-Öffentlichkeit und der planerisch-strategischen Metaargumentation?

Zu (2): Wie verhält sich der parlamentarische Debattentyp ‚Fraktionsdebatte‘ und dessen Vernetzung mit der Medienöffentlichkeit zur vieldiskutierten Idee einer ‚deliberativen Demokratie‘?

## 6. Literatur

- Austin, John L. (1979): Zur Theorie der Sprechakte. Stuttgart, 2. Aufl. [engl. Orig. 1962].
- Biere, Bernd Ulrich/Henne, Helmut (Hrsg.) (1993): Sprache in den Medien nach 1945. Tübingen.
- Burkhardt, Armin (1993): Der Einfluß der Medien auf das parlamentarische Sprechen. In: Biere et al. (Hrsg.): 158-203.
- Burkhardt, Armin (1995): Zwischen Diskussion und Schaufensterparlamentarismus. Zur Diagnose und Kritik parlamentarischer Kommunikation - am Beispiel von Zwischenfragen und Kurzdialogen. In: Dörner et al. (Hrsg.): 73-106.
- Brinker, K. (Hrsg.) (1991): Aspekte der Textlinguistik. Modelle, Methoden, Analysen. (= Germanist. Linguistik 106-107) Hildesheim.
- Busse, Dietrich/Hermanns, Fritz/Teubert, Wolfgang (Hrsg.) (1994): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen
- Dieckmann, Walther (1984): Ist die Parlamentarische Debatte ein „Organisiertes Streitgespräch“? In: Gutenberg (Hrsg.): 79-99.
- Dörner, Andreas/Vogt, Ludgera (Hrsg.) (1997): Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Berlin-New York.
- Febel, Gisela (1994): Conciliatio. In: Ueding (Hrsg.): 314-317.
- Gutenberg, Norbert (Hrsg.) (1984): Hören und Beurteilen. Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen (1973): Wahrheitstheorien. In: Habermas (Hrsg.): 211-265.
- Habermas, Jürgen (Hrsg.) (1973): Wirklichkeit und Reflexion. Festschrift für W. Schulz. Pfullingen.
- Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bde. Frankfurt/M.
- Hermanns, Fritz (1994): Schlüssel-, Schlag- und Fahnenwörter. Zur Begrifflichkeit und Theorie der lexikalischen politischen Semantik. Heidelberg-Mannheim. (= Arbeiten aus dem Sonderforschungsbereich 245, Bd. 81)
- Holly, Werner (1979): Imagearbeit in Gesprächen. Tübingen.

- Holly, Werner (1990): *Politikersprache. Inszenierungen und Rollenkonflikte im informellen Sprachhandeln eines Bundestagsabgeordneten*. Berlin-New York.
- Holthuis, Susanne (1993): *Intertextualität. Aspekte einer rezeptionsorientierten Konzeption*. Tübingen.
- Hoppenkamps, Hermann (1977): *Information oder Manipulation? Untersuchungen zur Zeitungsberichterstattung über eine Debatte des Deutschen Bundestages*. Tübingen.
- Jung, Matthias/Wengeler, Martin/Böke, Karin (Hrsg.) (1997): *Die Sprache des Migrationsdiskurses*. Opladen.
- Kienpointner, Manfred (1992): *Alltagslogik*. Stuttgart.
- Kindt, Walther (1994): Nichtmonotonie und Relevanz. Zwei zentrale inferenztheoretische Aspekte der Dynamischen Semantik. In: *Sprachwissenschaft* 19. 455-482.
- Klein, Josef (1991a): Politische Textsorten. In: Brinker (Hrsg.): 245-278.
- Klein, Josef (1991b): Kann man „Begriffe besetzen“? Zur linguistischen Differenzierung einer plakativen politischen Metapher. In: Liedtke et al. (Hrsg.): 44-69.
- Klein, Josef (1995): Politische Rhetorik. Eine Theorieskizze in Rhetorik-kritischer Absicht mit Analysen zu Reden von Goebbels, Herzog und Kohl. In: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 75/76. 62-99.
- Klein, Josef (1996): Dialogblockaden. Dysfunktionale Wirkungen von Sprachstrategien auf dem Markt der politischen Kommunikation. In: Klein et al. (Hrsg.): 3-29.
- Klein, Josef (1997): Bewertendes Reden über Migranten im Deutschen Bundestag. In: Jung et al. (Hrsg.): 241-260.
- Klein, Josef (1999): Komplexe topische Muster: Vom Einzeltopos zur diskurstyp-spezifischen Topos-Konfiguration. In: Ueding (Hrsg.).
- Klein, Josef/Diekmanhsenke, Hajo (Hrsg.) (1996): *Sprachstrategien und Dialogblockaden*. Berlin-New York.
- Klein, Josef/Fix, Ulla (1997) (Hrsg.): *Textbeziehungen. Linguistische und literaturwissenschaftliche Beiträge zur Intertextualität*. Tübingen.
- Liedtke, Frank/Wengeler, Martin/Böke, Karin (Hrsg.) (1991): *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*. Opladen.
- Sarcinelli, Ulrich (1996): Politische Kommunikation in der Medienöffentlichkeit. Kommunikationsstrukturelle Bedingungen politischer Realitätsvermittlung. In: Klein et al. (Hrsg.): 31-47.
- Simmler, Franz (1978): *Die politische Rede im Deutschen Bundestag. Bestimmungen ihrer Textsorten und Redesorten*. Göttingen.
- Steyer, Kathrin (1994): Reformulierungen. Zur Vernetzung von Äußerungen im Ost-West-Diskurs. In: Busse et al. (Hrsg.): 143-160.
- Steyer, Kathrin (1997a): Reformulierungen. Sprachliche Relationen zwischen Äußerungen und Texten im öffentlichen Diskurs (=Studien zur deutschen Sprache 7). Tübingen.
- Steyer, Kathrin (1997b): Irgendwie hängt alles mit allem zusammen. - Grenzen und Möglichkeiten einer linguistischen Kategorie „Intertextualität“. In: Klein et al. (Hrsg.): 83-106.
- Tillmann, Alexander (1989): *Ausgewählte Textsorten politischer Sprache*. Göttingen.
- Toulmin, Stephen (1975): *Der Gebrauch von Argumenten*. Kronberg/Ts. [engl. Orig. 1958].
- Ueding, Gert (Hrsg.) (1994): *Historisches Wörterbuch der Rhetorik*. Bd 2.
- Ueding, Gert (Hrsg.) (1999): *Rhetorik und Topik*. Tübingen.
- Zimmermann, Hans-Dieter (1969): *Die politische Rede. Der Sprachgebrauch der Bonner Politiker*. Stuttgart.
- Zimmermann, Hans-Dieter (1985): Frieden in Freiheit und Freiheit in Frieden. Die Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag am 21. und 22. November 1983. In: *Diskussion Deutsch* 16. 152-163.